Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1666 48 Fritz Kreb, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Dienstag, den 4. November 1924** | **4. Jahrgang • Nr. 208**

Mit aller Kraft für das Amnestie-Aufgebot!

70 000 neue Kämpfer werden das Unterpfand unseres Sieges sein!

Parteigenossen in Stadt und Land! Die Partei hat Euch in dieser Woche die Aufgabe gestellt, im Zeichen des Amnestieaufgebots eine konzentrierte Werbetätigkeit zu entfalten. **Es gilt, nunmehr energisch an die Arbeit zu gehen** für die Gewinnung neuer Parteimitglieder, neuer „Klassenkampf"-Leser, für den Aufbau neuer Betriebszellen. Die Situation für die Partei zur Werbung neuer Kämpfer ist günstig. Die Parlamente sind aufgelöst; die Parteien rüsten zum Wahlkampf. Das Dawes-Gutachten wird, wie im Wahlkampf zu dem Reichstag vom 4. Mai, im Vordergrund des Kampfes stehen. Sechs Monate hat dieser Reichstag gelebt. Während dieser Zeit ist der Versklavungspakt durchberaten und angenommen worden.

Am 29. August stimmten Sozialdemokraten und Deutschnationale beim entscheidenden Gesetz gemeinsam für die Annahme des Dawes-Gutachtens

Für die Demokraten, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei und für die Sozialdemokraten, als bewährte Erfüllungspolitiker, war die Annahme eine Selbstverständlichkeit. Eine neue Aera wird beginnen, Erwerbsmöglichkeit für alle, „Friede und Freiheit", so argumentierten die Sozialdemokraten. Die Wahlen zum Reichstag sollen den Verrat decken, der am Proletariat erneut begangen wurde. Hinter der Maske des „Pazifismus" und der „Demokratie" wird weiteres Elend über die Arbeiterschaft kommen.

In dieser Situation ruft die Kommunistische Partei ihre Mitglieder zur Werbewoche auf. Zu einer Zeit, wo sich alles gegen die Kommunisten verbindet und eine schamlose Verfolgungshetze gegen die KPD. eingesetzt hat. Der Staatsgerichtshof, die Staatsanwälte erblicken ihre Hauptaufgabe darin, der Partei die Führung zu nehmen. Herr Vogt konferierte mit Ebert. Es ist klar, sie haben ausgemacht, daß die Kommunisten noch mehr verfolgt werden müssen, als es bis jetzt der Fall war. Nicht nur die Führung, nein, alle Mitglieder der Partei sind der brutalsten Verfolgung ausgesetzt.

Täglich werden Zuchthausurteile gegen revolutionäre Arbeiter gefällt; 7000 Kämpfer stecken hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern

Unter dem Vorwand, die Republik ist in Gefahr, machen Jarres, Severing und andere Hetzjagd auf die Kommunisten. Nicht genug damit, daß Hunger und Elend ständiger Gast ist bei den Proleten; auch das, was man in Deutschland „Freiheit" nennt, beseitigt man durch Parlamentsbeschlüsse und Polizeiwillkür. Während Stahlhelmer und Hakenkreuzler sich alles erlauben dürfen, die Sozialdemokraten Runge, Grützner und Hörsing geradezu wetteifern in der Begünstigung der Dueiterberg-Reaktion, steigern diese Leute ihre **Provokationen gegen die kampfbereite Arbeiterschaft immer mehr.** Hörsing setzt im Gemeindearbeiterstreik, diesem von freigewerkschaftlicher Seite geführten Existenzkampf der städtischen Arbeiter, gegen sie die Teno-Streikbrecher ein, um den Scharfmachern im Kommunenverband die Macht zur Niederschlagung und Maßregelung der streikenden Arbeiter zu verschaffen. Runge aber, der acht Tage zuvor den provokatorischen Aufmarsch der ehemaligen Artilleristen" — Felzisten unter dieser Maske! — genehmigt hatte, läßt jetzt keinen Tag vergehen, an dem er sich nicht irgendeine Provokation der mitteldeutschen Arbeiterschaft leistet. Den Aufzug der Roten Frontkämpfer hat er verbieten lassen, die Teilnehmer an ihrem ersten größeren Treffen in Halle ließ er in empörender Weise durch Schupo attackieren. Runges Provokationen erreichten am Sonnabend die Höhe, als dieser Sozialdemokrat anläßlich der Bestattung der Genossenfamilie Wettmann den Friedhof durch ein Schupokommando zu Fuß, Auto und zu Pferde belagern und

direkt an dem Massengrab, in das die Opfer der Vergiftungskatastrophe gebettet wurden, Schuposoldaten mit Gummiknüppel, Karabiner und Handgranaten aufstellen ließ

Runge will damit uns Kommunisten einschüchtern, zugleich dem Bürgerpack und den Sozialverrätern Wahldienste leisten. **Aber er wird das Gegenteil mit seinen Provokationen erreichen.** Tausende von Parteilosen, Indifferenten waren mit auf dem Friedhof; viele von ihnen äußerten tiefste Empörung über die Anwesenheit der mordbereiten Schupos am Grabe. Hunderte von ihnen hat die Runge-Provokation bereits fester mit der kämpfenden Arbeiterschaft verbunden. Und wenn unsere Genossen den Schwur geleisten, nicht eher zu ruhen, bis für jeden Genossen Wettmann Tausend neue Funktionäre, Parteimitglieder, Frontkämpfer oder Juno-Spartacisten gewonnen sind, **so gilt es jetzt, dieser Willensäußerung die Tat folgen zu lassen.**

Heraus darum und heran zum Amnestie-Aufgebot! Für 7000 eingekerkerte Kämpfer müssen 70000 neue gewonnen werden!

Den Arbeitern, die heute noch unserer Partei fernstehen, die noch nicht Leser unserer Presse sind, muß man ganz besonders jetzt, vor der Reichstagswahl, den Charakter der Sozialdemokratie enthüllen. Der Partei, die alle Unterdrückungsmaßnahmen, alle Gesetze zur Verschlechterung der Arbeiterschaft mit den anderen bürgerlichen Parteien geschaffen hat, muß die Maske heruntergerissen werden. Jeder Kommunist, der eine Arbeiterfamilie aufsucht, hat die Pflicht, sie daran zu erinnern, wie sich gerade die Sozialdemokratie für die Versklavung der Arbeiterklasse eingesetzt hat. Man verweise auf jene Landtagsrede des Sozialdemokraten Heilmann, der sich noch rühmte, daß seiner Partei für die Durchsetzung des Londoner Sklavenpaktes ein Lorbeerkranz gebühre! Jeden Mißtrauensantrag gegen konterrevolutionäre Regierungen haben die Sozialdemokraten abgelehnt. Die Stresemann-Regierung stützten sie. Den Ermächtigungsgesetzen für die bürgerlichen Regierungen, die damit den Achtstundentag raubten, die Mietsteuer und andere Bedrückungen der breiten Massen einführten, stimmten sie. Die Reichswehrexekutive gegen Sachsen haben die sozialdemokratischen Minister mit beschlossen, für die Abfindung des ehemaligen Königshauses traten sie ein usw.

Genossen! Erinnert bei Eurer Werbearbeit jeden Arbeiter an diese Handlungen der Sozialdemokratie. Macht sie aufmerksam auf die kommenden Dinge, deren Anfang jetzt das Dawes-Gutachten ist. Es gilt, der Bourgeoisie und den Sozialdemokraten zu beweisen, daß alle ihre Unterdrückungsmaßnahmen nicht verhindern können, daß die Kommunisten mit aller Kraft, mit Selbstbewußtsein, mit eisernem Willen daran gehen, die ihnen von der Geschichte gestellte Aufgabe zu erfüllen. Es gilt, die Arbeiterschaft von allen demokratischen Illusionen zu befreien.

Darum auf zur Werbearbeit! Nützt die Woche! Macht das Amnestie-Aufgebot zu einem Erfolg für die Partei!

Verhaftungen und Haussuchungen

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 4. November.

In Arnstadt in Thüringen wurde der Genosse Richard Mohring verhaftet. Er scheint das Opfer einer Denunziation geworden zu sein. Beim Genossen König in Arnstadt wurde gehaussucht. Ebenso wurde in unserem Parteibureau in Bremen zweimal eine umfangreiche Haussuchung vorgenommen. Der Genosse Müller wurde verhaftet, mußte aber später freigelassen werden.

Das Novemberprogramm des Staatsgerichtshofes

Neue Kommunistenprozesse

(Eig. Drahtm.) **Leipzig, 4. November.**

Der Staatsgerichtshof wird im Monat November eine große Anzahl Prozesse gegen Kommunisten wegen Hochverrat durchführen. Neben dem Reichsgerichtsrat Doehn wird in den großen Prozessen der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes Niedner selbst den Vorsitz führen.

Am 5. und 6. November wird gegen die Genossen Dudios und Heinberg verhandelt.

Am 7. November ist der Termin gegen den Redakteur der „Roten Fahne" Apelt, angesetzt.

Am 13. November beginnt der auf zwei bis drei Wochen berechnete Prozeß gegen Herbster und Genossen in Freiburg i. Baden. Wie bekannt, sind in diesem Prozeß ca. 40 Genossen unter Anklage gestellt worden. Als Zeugen sind bisher 100 Personen geladen. In diesem Prozeß führt Senatspräsident Niedner den Vorsitz.

Für den 26. November ist ein Hochverratsverfahren gegen Geisert und am 27. November ist Termin gegen Erfing und Genossen ebenfalls in Freiburg i. Baden, angesetzt.

Außerdem sind vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts folgende Hochverratsprozesse angesetzt: Am 6. November gegen Seeger und Genossen und am 13. November gegen Morell.

Für den 20. November ist ein Prozeß gegen Kommunisten angesetzt, deren Namen noch nicht bekannt sind.

Die staatsgefährliche Betriebszeitung

(Eig. Drahtm.) **Mannheim**, 4. November.

Am Sonnabendnachmittag fanden auf Anordnung des Staatsanwalts in Frankenthal Haussuchungen nach der Anilinarbeiterzeitung „Der Anilliner" statt. Die Haussuchungen wurden auch in den Bureaus des Chemiearbeiterverbandes und in den verschiedenen Arbeiterwirtschaften und sogar in dem Bureau des Mietervereins, der einen kommunistischen Vorsitzenden hat, vorgenommen. Auch auf den Straßen wurden unsere Genossen und viele Arbeiter angehalten und durchsucht. Gefunden wurde nichts. Die Direktion hat eine größere Belohnung für denjenigen ausgesetzt, der den Drucker oder den Redakteur der Betriebszeitung feststellt.

Wollt Ihr kämpfen oder nur wählen?

(Von einem gefangenen Reichstagsabgeordneten)

Vor dem Wahlkampf schon und auch jetzt — trotz des Wahlkampfes — rüsten Arbeiterklasse und Ausbeuterklasse zum Kampf. Die Wirkungen des Dawes-Planes machen sich beim Proletariat scharf bemerkbar in dem fortschreitenden Unternehmerangriff auf die Löhne, auf die Arbeitszeit, in der Verschärfung des Akkordsystems, der Urlaubskürzung usw. Die Kleinbauern spüren die Dawes-Lasten in Form unerträglicher Steuern, hoher Pachtzinsen und Kreditnot. Dazu kommt die von Schwerindustrie und Großagrariertum betriebene Verteuerung aller lebenswichtigen Waren. Dieser Kurs steigender kapitalistischer Offensive war nur möglich durch die Unterstützung seitens des Dawes-Reichstages und der Regierung, war nur möglich mit Hilfe der Front der Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten.

Schon lange bevor die Bourgeoisie die Auflösung dieses Reichstages dachte, merkte sie, daß die KPD. alles versuchte, um eine Einheitsfront aller Unterdrückten, des Proletariats und der Kleinbauern durch die Aufstellung gemeinsamer Losungen herzustellen. Sowohl bei den Arbeitern wie bei den Kleinbaurn begann es zu gären. Im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland, an der Wasserkante und in Berlin lohten Teilstreiks auf. Im Rhöngebiet, in Oberschlesien, in Ostpreußen kamen die Bauern in Bewegung. Höherer Lohn, Achtstundentag auf der einen, Steuerbeseitigung auf der anderen Seite, waren die Kampfloslungen. Dazwischen verstärkte sich immer mehr der Ruf nach der Befreiung der politischen Gefangenen.

Während die Ministerschacherer noch würfelten, setzten sich also schon Teile des Proletariats und der Bauern in Bewegung. Die Bourgeoisie sah, daß der Glaube an die Kommunistische Partei, der Glaube an die eigene Kraft wuchs, daß die Gefahr aufstieg, daß der Dawes-Plan von Massenaktionen durchkreuzt werden könnte. Die Bourgeoisie, stutzig gemacht, rechnete folgendermaßen: Das Gros des Proletariats glaubt zwar noch heute an das Dawes-Glück, morgen fängt es aber schließlich schon an zu zweifeln, übermorgen schlagen sich unter Umständen die Massen zu den Kommunisten, die kämpfen wollen zur Durchkreuzung der Pläne der kapitalistischen Sachverständigen. Die Bourgeoisie sah klar diesen Prozeß, den die Kommunisten durch ihre unermüdliche Aufklärungsarbeit beschleunigten und der weiter gefördert wurde durch die Verschärfung der Wirtschaftskrise.

Jetzt besann sich die Clique der Trustkönige, sie ließ die Schacherei um die Ministersessel im Stich und überlegte: Was ist zu machen, um die Bewegung der Massen zu verhindern? Die Kapitalisten entschieden sich: Wahl auf der ganzen Linie. Sie spekulierten darauf, daß das Proletariat sich im Wahlkampf, wie so oft, auch diesmal von den Versprechungen der bürgerlichen Parteien einfangen und die außerparlamentarischen Aktionen vergessen würde. Die Bourgeoisie hofft das um so mehr, wenn sie durch Gewährung ganz geringfügiger Lohnerhöhungen und durch Halten des jetzigen Preisniveaus bis zur Wahl Illusionen in den Volksmassen erweckt, als würde es doch jetzt besser. Wendet man außerdem — so rechnen die Kapitalisten — gegen die einzige revolutionäre Arbeiterpartei, gegen die KPD., den schärfsten Terror an, sperrt man ihre Agitatoren und Abgeordneten ein, so wird es gelingen, einen vernichtenden Schlag gegen die Kommunisten und somit gegen das gesamte Proletariat zu führen. Das ist die Rechnung der Industriellen und ihrer sozialdemokratischen Zuhälter.

Diese Rechnung ist aber ohne die Kommunisten gemacht. Selbst wenn man alle 62 Reichstagsabgeordnete einsperrte, geht die Arbeit der Partei ihren Gang. Die Eingesperrten rufen aus den Zuchthäusern und Gefängnissen den Arbeitern und Bauern zu:

Vergeßt nicht, daß Ihr nichts bekommt ohne Kampf! Vergeßt nicht den Kampf um höheren Lohn, für den Achtstundentag, für die Beseitigung der Steuern. Vergeßt nicht, daß Ihr diesen Kampf selbst führen müßt, führen müßt mit außerparlamentarischen Mitteln, mit oder ohne den Willen der Gewerkschaftsbureaukratie. Vergeßt nicht, daß die 7000 Gefangenen der Dawes-Republik nur frei werden, wenn das Proletariat ihnen durch seine eigene Macht die Tore öffnet. Vergeßt nicht, daß dieser Kampf nicht aufgeschoben werden darf. Ihr Genossen in den Betrieben, fragt die Gewerkschaftsbureaukraten, die freien wie die christlichen, in der Betriebsversammlung wie in der öffentlichen Versammlung: Wollt Ihr mit uns den Friedensreallohn, wollt Ihr mit uns den Achtstundentag, wollt Ihr mit uns die Beseitigung der Steuern, wollt Ihr mit uns die Freilassung der politischen Gefangenen erkämpfen? — Wollt Ihr das — nicht morgen, nicht nach den Wahlen — heute? Wollt Ihr mit uns kämpfen im Massenstreik für diese Forderungen? Die Herren werden sich wenden und drehen, sie werden versprechen, sie werden lügen und betrügen.

Ihr alle, die Ihr noch draußen in der Freiheit seid, was wollt Ihr? Ihr wollt nicht mehr hungern, Ihr wollt nicht mehr die unerträglichen Steuern zahlen, Ihr wollt nicht mehr die Zuchthauspolitik des Staates ertragen, Ihr wollt frei sein? Wenn Ihr doch nur einsehen würdet, welche Kraft in Euerer zusammengeballten Masse liegt, eine Kraft, der kein Staat widerstehen kann, wenn sie bewußt eingesetzt wird. Nur in der Diktatur des Proletariats, nur in der Verbindung mit Sowjet-Rußland liegt Freiheit!

Auf diesem Wege müssen die ersten Schritte gegangen werden, nicht nach der Wahl, heute, morgen, sofort! Dann wird die Abstimmung am 7. Dezember nicht lediglich um die Mandate gehen, sondern sie wird der Ausdruck des Willens der Massen sein, unter Führung der Kommunisten den Kampf gegen den kapitalistischen Staat vorzunehmen. Die im Gefängnis sitzenden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241104-14/fragment/page=0001

Abgeordneten sagen Euch, nicht nur die Abstimmung am 7. Dezember, sondern nur der wirkliche Kampf bringt uns Sieg!

Wir wissen, daß Ihr uns am Wahltag Eure Stimmen geben werdet, weil wir Fleisch von Euerem Fleische sind.

Aber wir wollen mehr!

Ihr sollt nicht warten, nicht zögern, nicht aufschieben. **Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo der Kampf für das von der Partei aufgestellte Programm beginnen muß!**

Der Essener Betriebsrätekongreß zu den Wahlen

Gegen die Verfolgungen und die Verhaftungen der kommunistischen Reichstagsabgeordneten und gegen den ganzen Wahlterror, mit dem sich die Bourgeoisie ein willfähriges Parlament schaffen will, erhebt der rheinisch-westfälische Betriebsrätekongreß flammenden Protest und ruft allen Proletariern zu: Seht, diese **„Demokratie" des Kapitalistenstaates ist nichts anderes, als die Maskierung der Klassendiktatur der Bourgeoisie!**

Der alte Reichstag hat die Freilassung der politischen Gefangenen des Proletariats abgelehnt. Der alte Reichstag hat Deutschland an die Kommissare der amerikanischen Großfinanz ausgeliefert. Der neue Reichstag, der schon mit Terrorwahlen zustandegebracht wird, soll die Durchführung des Dawes-Planes garantieren und seine Folgen mit rücksichtsloser Brutalität auf die Schultern der arbeitenden Massen legen.

Der Betriebsrätekongreß brandmarkt die Heuchelei der bürgerlichen Parteien, die allesamt, Deutschnationale, wie Sozialdemokraten, Zentrum wie Volkspartei, keine andere Absicht haben, als die werktätigen Massen in völliges wirtschaftliches Elend und in vollkommene Sklaverei zu stürzen. Der Betriebsrätekongreß stellt **fest, daß die Kommunistische Partei die einzige ist, die den Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Lakaien geführt hat,** die einzige, die dem Proletariat den allein möglichen Weg aus seinem Elend gewiesen hat und die selbst unter ungeheuren Opfern ihrer besten Kämpfer ihm auf diesem Weg vorangegangen ist. Deswegen wählen die Kommunistische Partei von der Ausbeuterklasse und ihrem Lakaiengesindel als Todfeind gehaßt und verfolgt.

Proletarier von Rhein und Ruhr! Proletarier Deutschlands! Geht am 7. Dezember keine Stimme Eurem Klassenfeind, keine Stimme den Völkischen, Deutschnationalen, Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum oder Volkspartei!

Demonstriert **gegen den Ausbeuterstaat und sein Schandparlament,** demonstriert für den Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der proletarischen Diktatur, indem Ihr alle Stimmen vereinigt auf

die Kommunistische Partei Deutschlands!

Reichsregierung billigt den Mord deutscher Erwerbsloser durch spanisches Militär

(Eig. Meldung.) **Berlin,** 4. November.

Nach einer Mitteilung der **Vereinigung der Angehörigen deutscher Fremdenlegionäre in Spanien** hat sich das spanische Kriegsministerium entschlossen, einen Teil der in die Fremdenlegion unter Vorspiegelung falscher Tatsachen gelockten deutschen Erwerbslosen freizulassen. Diese Haltung der spanischen Regierung ist zurückzuführen auf die Anklagen, die in der kommunistischen Presse gegen das Schandregiment in Spanisch-Marokko seit Monaten erhoben worden sind.

Mit der teilweisen Freilassung der bedauernswerten Opfer der Legion ist jedoch noch nicht der Mord im Juli d. J. gesühnt worden, der an drei deutschen Erwerbslosen verübt worden ist. Das Auswärtige Amt hat in einer Zuschrift an unsere Reichstagsfraktion zugegeben,

daß drei deutsche Staatsangehörige, weil sie versucht hätten, zum Feinde (!) überzugehen und weil bei ihnen Handgranaten gefunden worden seien, erschossen worden wären.

27 andere seien nach Melilla in Untersuchungshaft geschleppt worden. Angeblich sei ein großer Teil von ihnen später wieder in Freiheit gesetzt. Das Auswärtige Amt findet die Exekution vollkommen in Ordnung und erklärt weiter, nichts tun zu können, da es sich um abgeschlossene Dienstverträge handle, die unbedingt innegehalten werden müßten. (!)

„Kommunistischer Anschlag auf das Suhler Wasserwerk"

Eine erbärmliche Lüge

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" lassen sich aus Weimar melden:

„Im Wasserwerk von Suhl wurde zwischen den Hauptrohren der Leitung eine Sprengstoffladung entdeckt, die genügt hätte, das Wasserwerk in die Luft zu sprengen. Daß die Explosion nicht erfolgte, wird lediglich dem Umstande zugeschrieben, daß die Zündungsvorrichtung infolge der Einwirkung des Wassers versagt hat. Die Täter müssen mit Hilfe von Nachschlüsseln in das Wasserwerk eingedrungen sein. Es unterliegt keinem Zweifel daß es sich hier um einen kommunistischen Anschlag handelt."

Aus der Meldung geht zweifelsfrei hervor, daß man den Täter nicht kennt, daß man nichts über ihn weiß, daß nichts darauf hindeutet, daß es sich hier um ein kommunistisches Attentat handelt, da die bürgerliche Presse sonst mit ihren Beweisen aufstrumpfen würde. Trotzdem brüllt das Schwindlerpack in den bürgerlichen Redaktionen einstimmig: Kommunistisches Attentat! Wir glauben, wir können uns jede Entgegnung auf diese erbärmliche Lüge sparen. Mit solchen Mitteln wird der Wahlkampf gegen die Kommunisten begonnen. Mit was für Greuelmärchen mag er enden?

Arbeiter, überlege!

Warum werden Thälmann, Ruth Fischer, Scholem von Polizei und Staatsanwalt verfolgt?

Warum werden Hermann Müller, Wels, Crispien u. a. nicht verfolgt?

Warum sitzen Hölz und Urbahns im Gefängnis?

Warum sitzen Hilferding und Scheidemann nicht im Gefängnis?

Warum ist Severing Minister und Ebert Reichspräsident?

Warum sitzen abertausende Kommunisten im Zuchthaus?

Weil Wels, Hermann Müller und Crispien und alle anderen SPD.-Führer für das Kapital sind, weil aber die Kommunisten gegen das Kapital sind!

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Wollt Ihr am 7. Dezember die belohnten Kapitalsknechte wählen oder die verfolgten und eingekerkerten Kapitalsfeinde?

Ende des Kampfes in der Saar-Metallindustrie

Saarbrücken, 3. November.

Nach siebenwöchiger Aussperrung wurde auf den Röchlingschen Eisenwerken in Völklingen heute morgen die Arbeit wieder aufgenommen.

Neuer „Preisregulierungs"-Wahlschwindel

Verhöhnung der hungernden Arbeiter — Jarres für Wuchersreiheit — Steuernachlaß für Kapitalisten — Sozialdemokraten vom ADGB. wollen keine Lohnerhöhung

Halle, 4. November.

Durch die bürgerliche und sozialdemokratische Presse wird heute ein in der Sudelküche von Jarres angerührter schleimiger Brei geleitet, der Kunde geben soll von einer „Preisregulierungsaktion" der Regierung. Daß für diese Ankündigung dieser „wirtschaftspolitischen Maßnahmen" sogar die deutschnational-völkische „Hallesche Zeitung" eine ganze Spalte und fettgedruckte Schrift zur Verfügung stellt, beweist am sichersten, um was es sich handelt: Schwindel, mit dem man die werktätigen Massen zur Reichstagswahl für die Bürgerblockpolitik einfangen will.

Wer das offiziöse Geseire genau liest, merkt den frechen Schwindel auch sofort. Denn gleich am Anfang steht:

„Es befassen sich gegenwärtig die zuständigen Stellen damit, eine allgemeine Preisregulierung herbeizuführen, die den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung trägt. Ueber diese Maßnahme sind vielfach irrtümliche Ansichten verbreitet, so wird aus leichtverständlichen Gründen in der Oeffentlichkeit ein Abbau der Preise erwartet, um die Kaufkraft der Löhne und Gehälter wieder auf ihr ursprüngliches Maß zurückzuführen. Demgegenüber muß betont werden, daß es sich bei dieser sogenannten **Preisabbauaktion um wirtschaftspolitische Maßnahmen auf weite Sicht handelt."**

„Sogenannte Preisabbauaktion" und „wirtschaftspolitische Maßnahmen auf weite Sicht" — ist das nicht deutlich genug? Man tut nicht einmal mehr so, als ob man etwas tun wolle in der Richtung auf Preisabbau. Man höhnt die armen Teufel, die in ihrer Verzweiflung nach dem Preisabbau-Strohhalm zu greifen sich anschicken, in der frechsten Weise mit der Feststellung, daß an eine wirkliche Preisabbauaktion garnicht gedacht ist. Man will in ihnen aber die Hoffnung nicht ganz zerstören und deshalb redet man von „Maßnahmen auf weite Sicht". Man will sich über die Wahlwochen hinwegschwindeln — aber wird es einen Proleten geben, der auf diesen Brei des Polizeiministers Jarres zu kriechen bereit ist?

Was in Wirklichkeit das famose, von der Sozialdemokratie geschützte und in den letzten Monaten verteidigte Reichskabinett „der Mitte" mit seiner „Preisregulierungsaktion" im Schilde führt, ist ungefähr das Gegenteil von dem, was die arbeitenden Massen haben wollen.

„Wirtschaftspolitisch handelt es sich jetzt darum, an Stelle des veralteten Zolltarifs von 1902 einen neuen Tarif zu setzen", läßt die Regierung verkünden. Das heißt, es kommt der verschärfte Brot- und Fleischwucher durch Hungerzölle, die mit durchzuführen sich die Sozialdemokratie schon bereit erklärt hat, wenn auch mit einigem Vorbehalt aus Rücksicht auf die Wahlen.

„Nach dem Muster der österreichischen Handelsverträge," sagt Jarres weiter, sehr gut, denn man weiß, daß diese Formel von der Sozialdemokratie ohne weiteres angenommen wird, da sie ja in Oesterreich die Väter der „gleitenden Zölle" sind und der „Vorwärts" sich dafür geradezu begeistert einsetzte.

„Der Reichswirtschaftsminister ist der Ansicht, daß auch die kostspieligen Preisprüfungsstellen abgebaut werden müssen, liest man weiter, sehr eindeutig, die Forderung: Freie Bahn dem Preiswucher. Dann kommt eine neue Verhöhnung der städtischen Bevölkerung, also des Proletariats und der Mittelschichten:

„An der Steigerung der Preise ist die Bevölkerung selbst nicht unschuldig. Während z. B. zu Anfang des Jahres in der Bevölkerung und bei den Unternehmern ein **Plus an Kaufkraft zu nutzunsten der Landwirtschaft und des Hausbesitzes vorhanden war,** ist jetzt nach dem Steigen der landwirtschaftlichen Preise die Textilindustrie nicht geringer beschäftigt und die **Bevölkerung kauft mehr denn je."**

Die Arbeiter, die den Sommer über mit ihren dünnen Lumpen als Kleidung sich noch behelfen konnten, müssen jetzt beim Eintritt der kalten Jahreszeit gezwungenermaßen neue, wärmere Sachen kaufen. Sie tun es auf Kosten ihrer übrigen Lebenshaltung. Sie sparen sich das Wollhemd, den Unterrock, die Strümpfe, Schuhe, Anzüge usw. durchweg am Munde ab, leiden ärgeren Hunger. Und nun, weil so die Textilgeschäfte Umsatz haben, kommt dieser Jarres und erklärt, das für einen „ungesunden Zustand", an dem die hungernden, frierenden Proleten selber schuld seien. Man staunt über so viel Zynismus, noch dazu in einer Kundgebung, die dem Wählerfang dienen soll. Darüber staunt man ja nicht, daß die Kreise der Landwirtschaft und des Hausbesitzes als die Nutzleidenden, Benachteiligten, als die Opfer der kaufkräftigen, kaufenden Stadtbevölkerung hingestellt werden. Herr Jarres macht für Agrarzölle und fünffach gesteigerte Friedensmieten Stimmung.

Die Proleten aber, die einen Augenblick gedacht haben, die Regierung würde, wenn ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen „auf weite Sicht" vorläufig nicht wirksam werden, für sie etwas tun, wenigstens durch Lohnerhöhungen, bekommen einen Faustschlag ins Gesicht und auf den Magen. Herr Jarres dekretiert, was ihm zu verkünden der Reichsverband der Industriellen anbefohlen hat, **„eine allgemeine Lohnerhöhung ist . . . nicht möglich."**

Was ist nun aber überhaupt möglich? Und weshalb so viel länglichen Jarres-Brei? Für die Arbeiter, Angestellten, Beamten, den Mittelstand, die Kleinbauern, hat die Regierung nichts übrig als blutigen Hohn, Polizei, Kerker, neue Steuerlasten, pfändende Gerichtsvollzieher. Den Kapitalisten aber, die die Goldmillionen aus Amerika verschlungen werden, erläßt sie die Steuern in immer weiterem Umfange. Die Berliner Morgenblätter melden, wie ein Privattelegramm besagt:

Wie die Blätter melden, beschäftigte sich das Reichskabinett gestern nachmittag mit dem Vorschlag des Reichsfinanzministers auf Herabsetzung der **Einkommensteuer,** der **Umsatzsteuer** und der **Körperschaftssteuer.** Mehreren Blättern zufolge wird sich heute der Reichsrat hiermit beschäftigen.

Wird an den Abbau des zehnprozentigen Lohn- und Gehaltsraubes gedacht? Keine Ahnung. Wenn die Regierung die Proleten nicht bis zum äußersten zur Ader ließe, wäre die herrliche Republik des Herrn Ebert sofort pleite. Die Herabsetzung der Einkommensteuer gilt nur für die Kapitalisten. Die Ermäßigung der Umsatzsteuer ist auch noch nicht beschlossen; aber wenn es dazu kommen sollte, wird lediglich die Erhöhung des Unternehmerprofits das Ergebnis sein, nicht der Preisabbau. Die Herabsetzung der Körperschaftssteuer aber ist offenkundige Begünstigung kapitalistischer Interessenten.

Die sogenannte „Preisregulierungsaktion der Reichsregierung" entpuppt sich also als ungeheurer Schwindel. Sie ist ein nur allzu schlecht verhülltes Stück der Dawes-Hungerpolitik. Sie ist die Plattform für die Politik des sozialdemokratischen Bürgerblocks, die nach dem 7. Dezember beginnen soll. Diese schamlose Schwindelpolitik muß das deutsche Proletariat entschieden durchkreuzen durch die Unterstützung der kommunistischen Politik und Eintreten für die KPD. bei der Wahl, darüber hinaus aber durch Teilnahme am aktiven Kampf der Arbeiter für die Durchsetzung der Gothaer Forderungen, an deren Spitze ausreichende Löhne und der Achtstundentag stehen.

Der ADGB. versagt

Gegen die Schwindelmanöver der Regierung muß der Kampfeswille der werktätigen Massen gesetzt werden. So rasch als möglich und so nachdrücklich wie möglich. Denn der ADGB. versagt nach wie vor in schmählicher Weise. Wie TU. erfährt,

„hat der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet, in der Stellung zu der allgemeinen Preissteigerung genommen wird, der gegenüber die Löhne seit dem Frühsommer d. J. im wesentlichen zurückgeblieben seien. Die amtliche Lebenshaltungsziffer gebe keinen einwandfreien Maßstab **für die wirklichen Teuerungsverhältnisse. Zum Ausgleich dieses Mißverhältnisses wird gefordert: Kraftvolles Hinwirken auf allgemeine Preissenkung, insbesondere durch strasse Handhabung der Wuchergesetzgebung** und Verkürzung des Warenweges vom Erzeuger zum Verbraucher, sowie eine Handhabung des Schlichtungswesens, die der allgemein zu beobachtenden Preissteigerung Rechnung trägt."

Dies ADGB-Programm ist dem Sinne nach die gleiche Verhöhnung der Arbeiter, wie sie sich der Polizei-Jarres geleistet. In dem gleichen Augenblick, da dieser den Abbau der Preiskontrolle zur Durchsetzung der uneingeschränkten Wuchersreiheit proklamiert, wimern die Leipart und Graßmann von „Preisfenkung" und „straffer Handhabung der Wuchergesetzgebung". **Von Kampf um Lohnerhöhung ist keine Rede mehr.** Man wußte es ja schon längst, seitdem die Bundesleitung die bürgerlichen Pressemeldungen, daß der ADGB für 15 Prozent Lohnerhöhung kämpfen wolle, als unzutreffend dementiert hatte.

Die Situation für die Arbeiterschaft ist klar: Bedroht von der Regierung der Bourgeoisie, verlassen von den Gewerkschaftsführern, **muß sie in den Betrieben die geschlossene Phalanx gegen ihre Feinde,** von den Scharfmachern der Industrie über die Jarres-Regierung bis zu den Sozialdemokraten, herstellen und für die Forderungen kämpfen, **die die Kommunistische Partei zur Sicherung des Proletariats und zur Niederwerfung seiner Ausbeuter und Unterdrücker aufgestellt hat.**

Der Preisabbau des „Vorwärts"

Vor einigen Tagen hat der „Vorwärts" die tiefgründige Entdeckung gemacht, daß die Preise zurückgehen, und zwar soll dieser „Preisabbau" eine direkte Folge der Reichstagsauflösung sein! Leider teilt der „Preisabbau" des „Vorwärts" das Schicksal der bekannten Stute Rolands, die bekanntlich wunderschön, aber tot war. Die Preise gehen nämlich nur in der Einbildung des „Vorwärts" zurück. Selbst der schwerindustrielle „Tag" sieht sich, natürlich nur aus Gründen seiner Wahlagitation, gezwungen, festzustellen, daß die Teuerung fortwährend wächst und daß der Reichsindex für Lebenshaltungskosten ein aufgelegter Schwindel ist. Während der Reichsgroßhandelsindex angeblich fällt, sind nach dem Großhandelsindex des „Berliner Tageblatts" die Lebensmittelpreise für Oktober um 4,7 Prozent gestiegen, für Textilien um 2,7 Prozent — d. h. die Preise für Lebenshaltung und Kleidung steigen. Im einzelnen sind die Lebensmittelpreise in der letzten Woche unerheblich gesunken (die Großhandelspreise), während die Aufwärtsbewegung für Textilien weiter andauert.

Das Gerede des „Vorwärts" vom Preisabbau ist nichts als die reine Wahlmache. Es hat denselben Wert, wie etwa die Wahlversprechungen des Linksblocks in Frankreich, Maßnahmen gegen die Teuerung zu ergreifen.

Das Gerede hat noch einen anderen Zweck. Mit dem Schwindel vom Preisabbau sollen den Arbeitern, die jetzt überall den Kampf um höhere Löhne beginnen, Knüppel zwischen die Beine geworfen werden, sollen den Unternehmern die Gründe in den Mund gelegt werden, um gegen Lohnerhöhungen aufzutreten.

Die Arbeiter dürfen sich von diesem Schwindel nicht betören lassen.

Die Arbeiter kämpfen doch

Die Forderung der Staatsarbeiter: Kampf!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 4. November.

Die im Deutschen Verkehrsbund organisierten Arbeiter der Post, Telegraphie, Reichs- und Staatsbetriebe haben gestern in Berlin eine Resolution gefaßt, in der gegen die Haltung der Unterhändler gegenüber dem Reichsfinanzministerium entrüstet protestiert, unter allen Umständen Lohnerhöhung entsprechend der Teuerung gefordert und der Kampf mit allen Mitteln angekündigt wird.

Ablehnung des Buchdruckerschiedsspruches

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 4. November.

Die Berliner Konferenz der Gauvorsteher des Buchdruckerverbandes hat unter dem Druck der aus allen Teilen des Reiches gemeldeten Empörung der Buchdrucker den Schiedsspruch abgelehnt.

(Eig. Drahtm.) **Leipzig,** 4. November.

Die Funktionäre des Leipziger Gaues des Buchdruckerverbandes lehnten in überfüllter Versammlung den Schiedsspruch ab und beantragten, daß die Zentralinstanz den Spruch ebenfalls ablehnt. Sie verlangen, daß die schärfsten Maßnahmen gegen den Schiedsspruch ergriffen werden und empfehlen den Funktionären, bis zur zufriedenstellenden Lohnregelung zunächst jede Ueberstundenarbeit oder neu einzuführenden Mehrarbeit abzulehnen und diese Maßnahme streng durchzuführen.

Streik der Erd- und Steinarbeiter

Die Stein- und Erdarbeiter in Dietz an der Lahn haben beschlossen, wegen Lohndifferenzen in Streik zu treten. Die geforderte 30prozentige Lohnerhöhung auf einen Stundenlohn von sage und schreibe 38 Pf. wurde von dem Unternehmer als völlig undiskutierbar abgelehnt.

Kampf um höhere Löhne

Die Belegschaften der Glühlampenfabriken von Langbein in Cursdorf, K. Kutsch u. Eiler in Lichtenhain und H. Schneider A.-G. Oberweisbach sind in den Streik getreten, nachdem die Verhandlungen um die Forderung einer 30prozentigen Lohnerhöhung vollständig gescheitert waren.

Kölner Metallarbeiter fordern Lohnerhöhung

(Eig. Drahtm.) **Köln,** 4. November.

Die Metallarbeiter in Köln haben durch ihre Organisation bei den Unternehmern Lohnforderungen eingereicht. Es werden gefordert, für Facharbeiter Stundenlöhne von 70 Pfennig, während an die übrige Arbeiterschaft Zuschläge entsprechend der Teuerung gezahlt werden sollen.

Wachsender Hungertyphus

(Eig. Drahtm.) Solingen, 4. November.

Weiteres Umsichgreifen der Typhus-Epidemie. Bisher 11 Tote.

Neue Selbstmorde in der Schutzpolizei

Aus Berlin wird berichtet: Erschossen hat sich der Polizeioberwachtmeister Fritz Weißig aus Berlin, Boxhagener Straße. W war verheiratet und hat die Tat aus wirtschaftlicher Not begangen.

Ferner hat der Polizeioberwachtmeister Richard Schmidt mit einer Frau Hundertmark in einem Berliner Hotel Selbstmord begangen. Die Gründe sind nicht bekannt. Die „Vossische Zeitung" teilt mit, daß Schmidt schon längere Zeit wegen Lungenkrankheit beurlaubt war.

Am 31. Oktober wurde der Hauptwachtmeister Münzhof von der Schutzpolizei mit einem Fräulein B. in einem Hotel in bewußtlosem Zustand aufgefunden. Beide hatten versucht, durch Selbstmord aus dem Leben zu scheiden und hatten sämtliche Gashähne im Zimmer geöffnet. Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241104-14/fragment/page=0002

Zerstörte Illusionen

Die englischen Wahlen — ein Kapitel zum Nachdenken für sozialdemokratische Arbeiter

Von Ruth Fischer.

Nach dem fürchterlichen Hunger- und Belagerungswinter des Jahres 1923 auf 1924 legte die Sozialdemokratie eine neue Platte auf ihr politisches Grammophon und ließ das Grammophon jeden Tag dreimal die neue Melodie von der „Pazifistischen Aera" herunterleiern. Die SPD. will den Arbeitermassen durch diese Friedensmusik die schändliche Rolle vergessen machen lassen, die sie aktiv beim Ermächtigungsgesetz, beim Belagerungszustand, beim Einzug der Weißen Generale in Sachsen und Thüringen im Winter voriges Jahr gespielt hat. Auf dem Berliner Parteitag der SPD. verkündete der „große" Rudolf Hilferding den Anbruch eines neuen weltgeschichtlichen Zeitalters des gezähmten, zivilisierten, vernünftigen, anständigen, demokratischen Kapitalismus, eines Zeitalters, in dem Arbeiter und Bürger gemeinsam am Kulturaufstieg der Menschheit arbeiten würden. Und wenn die SPD. nach dem Abschluß des Londoner Paktes so sehr nach Reichstagsauflösung geschrien hat, so deshalb, weil sie hoffte die außenpolitische Konstellation auszunützen, um wenigstens einen kleinen Teil ihrer großen Verluste vom 4. Mai wieder hereinzuholen. Die englischen Wahlen machen einen dicken Strich durch diese sozialdemokratische Milchmädchenrechnung. Es geht ein Beben von der Chemnitzer „Volksstimme" durch die Leipziger „Volkszeitung", durch den „Vorwärts" und der „berühmte" Politiker der „westlichen Demokratie", der in sämtlichen Vorzimmern der Ministerien von London und Paris bekannte Rudolf Breitscheid, singt heute: „Oh du lieber Augustin, alles ist hin."

Das Weltbild vom friedlichen Kapitalismus und vom Aufstieg der Arbeiterklasse mit diesem friedlichen Kapitalismus war gebaut auf die Minderheitsregierung der Labour Party in England, war gebaut auf ihrem schwächlicheren Nachfolger, dem Herriot-Block in Frankreich. Und nun sollte ein „republikanischer Linksblock" in Deutschland das Werk krönen. Der Spuk ist verflogen. Herr Macdonald, der wahrlich dem Kapitalismus kein Härchen krümmte, wird davongejagt. Dem „Vorwärts" ist es sehr unangenehm, daß Macdonald über Rußland gestürzt ist. Der „Vorwärts" ist sehr betrübt darüber, daß die englischen Arbeitermassen Macdonald gezwungen haben, die russische Frage zum Mittelpunkt ihrer Auseinandersetzungen mit der englischen Bourgeoisie zu setzen. Und diese ursprünglich so unscheinbare Folge der Ratifizierung des englisch-russischen Vertrages hat die ganze Klassenfront in England aufgerollt. Und man kann zwischen den Zeilen lesen, daß die SPD. sehr unzufrieden mit der Taktik ihres englischen Bruders ist. In Deutschland könnten die gewerkschaftlichen Arbeiter hundertmal von den Führern bestimmte politische Handlungen verlangen, die SPD. scheert sich nicht darum und verkauft sich bedingungslos an die Bourgeoisie. Der Vergleich der Haltung der englischen Labour Party mit der Haltung unserer Reformisten ergibt: Macdonald war und ist ein Reformist durch und durch. Aber er hatte noch seine Illusion, wie man eine kleinbürgerlich, reformistisch-pazifistische Politik treiben könnte ohne Aufrollung der Klassenfront mit den Methoden der Demokratie und des Parlamentarismus. Aber die deutsche Sozialdemokratie hat auch das niemals versucht. Die englische Bourgeoisie hat nun den englischen Arbeitermassen sehr kraß gezeigt, daß der Parlamentarismus und die Demokratie für das Kapital da sind. Die deutsche Sozialdemokratie ist glücklich so weit gekommen, daß sie bedingungslos alles mitmacht, was die bürgerlichen Parteien von ihr verlangen, wenn sie nur mit ein paar Ministersitzen und Verwaltungsstellen für ihre Bureaukratie belohnt wird. Die nächste Zukunft wird die Wahrheit dieser durch die Praxis des politischen Lebens in Deutschland nur zu oft erhärteten Behauptung noch einmal bestätigen. Der konservative Sieg in England wird die Stellung der schwerindustriellen-agrarischen Parteien in Deutschland den ohnehin sehr schwächlichen liberalisierenden demokratisch-republikanischen Gruppen gegenüber stärken. Und die SPD. wird in jede bürgerliche Regierung gehen, in die man sie hineinläßt, bedingungslos.

Die englischen Wahlen sind für das gesamte Weltproletariat eine große Lehre, die große Lehre, daß es mit der bürgerlichen Demokratie die Macht nicht gewinnen kann. Die fünf Millionen Arbeiterstimmen, die die Labour Party erhalten hat, sind sicherlich Stimmen aus jenen Arbeiterschichten, die die Produktion von England in ihren Händen tragen: die Bergarbeiter, die Metallarbeiter, die Eisenbahner, die Hafenarbeiter. Alle diejenigen, von deren Arbeit das Funktionieren der Produktionsmaschine abhängt, haben sicherlich in überwältigender Mehrheit für die Labour Party gestimmt. Und das Trugbild einer demokratischen Regierungsgewalt ist trotz der fünf Millionen Arbeiterstimmen zerflogen und bleibt verflogen, solange sie durch Parlamentswahlen versuchen, ihr Los zu ändern. Der Wille zur Macht ist in breiten Schichten der englischen Arbeitermassen lebendig, und er wird wachsen. Die verschärfte Klassenlage durch die konservative Regierung wird den englischen Arbeitern beibringen, daß nur der russische Weg der Arbeiterklasse den Aufstieg, die Nationalisierung, den Minimallohn, den Kampf gegen die Erwerbslosigkeit, die Lösung der Wohnungsfrage, die sozialistische Wirtschaft bringt.

Unsere englische Bruderpartei hat jetzt eine gewaltige Aufgabe zu erfüllen: in die durch die letzten Ereignisse aufgerüttelten Millionenmassen des englischen Proletariats die Erkenntnis vom Wesen der bürgerlichen Demokratie als einer Maske der bürgerlichen Diktatur hineinzutragen und die englischen Arbeitermassen auf den wahren Weg zur Macht zu führen. Um diesen Weg zur Macht wird ein Klärungsprozeß in den Reihen der englischen Arbeitermassen unvermeidlich beginnen, und so bedeutet diese „Wahlniederlage" der englischen Arbeiterpartei einen Fortschritt in der Revolutionierung des englischen Proletariats. Das deutsche Proletariat aber hat alle Ursache, die englischen Wahlen und ihre Ursachen und Folgen gründlich zu studieren, gründlich zu lernen, daß die „Aera des Pazifismus" schon wieder kaputt ist, gründlich zu lernen, daß die konservative Regierung Englands eine Verschärfung aller imperialistischen Gegensätze, eine neue Bedrohung Sowjet-Rußlands, eine Verschärfung des Kampfes der kapitalistischen Partner um die Ausbeutung Deutschlands, eine Verschärfung des inneren Klassenkampfes in England selbst darstellt. Das deutsche Proletariat hat alle Ursache, nach sechs Jahren eigener Erfahrung über das Wesen der Demokratie dem neuen Volksbetrug der Sozialdemokratie mit Entschiedenheit und Festigkeit entgegenzutreten und sich zu sammeln in geschlossener Front zum Kampf gegen die bürgerliche Diktatur und für die proletarische Diktatur.

Heute Rücktritt Macdonalds

London, 3. November.

Wie bekannt, hat Macdonald beschlossen, morgen dem König seinen Rücktritt zu melden. Er wird also das Ergebnis der Untersuchung des sogenannten Sinowjew-Briefes nicht abwarten. Anscheinend will er der Blamage, die er sich dabei holt, aus dem Wege gehen.

Macdonalds Nachfolger wird der Konservative Baldwin sein.

London, 4. November. Die Konservativen und die Liberalen haben bei den Parlamentswahlen noch je einen Sitz gewonnen. Der Stand der Parteien ist folgender: Konservative 411, Arbeiterpartei 152, Liberale 42, Unabhängige 5. Fünf Ergebnisse stehen noch aus.

Generalstreik der österreichischen Eisenbahner?

Wie aus Wien gemeldet wird, haben die Organisationen der österreichischen Eisenbahner erklärt, daß sie zum Streik entschlossen seien, falls ihre Forderungen nicht bewilligt werden. Bekanntlich kämpfen die österreichischen Eisenbahner schon seit langem um eine menschenwürdige Entlohnung, die ihnen jedesmal von der Verwaltung abgelehnt wurde mit dem Hinweis, damit sei die Sanierung Oesterreichs bedroht. Offen wurde die Voraussetzung des österreichischen Eisenbahntarifs sei. Nunmehr scheint die österreichische Arbeiterschaft sich endlich entschlossen zu haben, darauf mit dem Generalstreik zu antworten.

Parteitag der KPTsch.

(Eig. Drahtm.) Prag, 4. November.

In Prag hat am 2. November der Parteitag der KPTsch. begonnen. Das neue Zentralkomitee, das aus 18 Linken und 14 Rechten besteht, wurde einstimmig gewählt. Ueber den Verlauf des Parteitages werden wir noch berichten.

Kampf der australischen Werftarbeiter

Melbourne, 4. November. Die Werftarbeitervereinigung hat die Arbeitseinstellung in allen Häfen angordnet, um die Abschaffung der Ueberstunden durchzusetzen.

Der Bezirkspleitetag der mitteldeutschen Sozialdemokratie

Die Einigkeit der schlotternden Knie

* Halle, 3. November.

Während gestern im „Volkspark" Tausende revolutionäre kampfbegeisterte Arbeiter zusammenkamen, um das Gelöbnis des nicht zu erlahmenden Kampfes gegen die kapitalistische Verbrecherpolitik abzugeben, während im „Volkspark" der Geist des unwiderstehlichen Klassenkampfes seinen Ausdruck fand, kam in den „Thalia-Sälen" ein Trüppchen gut gebürsteter und gut genährter deutscher Kleinbürger mit vollen Aktenmappen und leeren Köpfen zusammen: Der sogenannte Bezirkspleitetag der Sozialdemokratie von Halle-Merseburg.

Leider verbietet uns die Wichtigkeit unseres Raumes, von der Tagung jedes Kegelklubs ein großes Aufheben zu machen. Auch dieser sozialdemokratische Pleitetag, auf dem eine Handvoll Bonzen ihr gut auswendig gelerntes Sprüchlein abklapperten, lohnt keine große Betrachtung. Schon der Bericht vom „Volksblättchen" zeigt, wie jämmerlich die ganze Chose verlaufen ist. Wir lesen da: „Kein Ortsverein, mag er sich in noch so schwieriger Lage befinden, pflegt den Gedanken an eine Niederlage." Sehr richtig! Und wir verstehen es voll und ganz, wenn die Sozialdemokratie trotz ihrer schlotternden Knie und klappernden Zähne wie ein Grammophon von dem „Sieg am 7. Dezember" brüllt. Sie braucht ja ihre schwierige Lage nicht selber hinauszuposaunen. Das besorgen wir schon!

Weiter heißt es im „Volksblättchen"-Bericht: „Keine Meinungsverschiedenheiten über die Taktik der Partei . . ." Bravo! Nur immer feste hinter Ebert, hinter Noske, hinter Leinert, hinter Held, nur immer einig und geschlossen die Politik des Brotwuchers, die Politik der Schandurteile, die Politik des Zehnstundentages unterstützt. Nun weiß die mitteldeutsche Arbeiterschaft wenigstens, was sie von den sozialdemokratischen Burschen in ihrem Bezirk zu halten hat. Sie bekennen sich voll und ganz zu den Verbrechen der sozialdemokratischen Politik. Wir werden uns das merken.

Sonst ist es auf der Tagung ziemlich geräuschlos hergegangen. Den sozialdemokratischen Spießbürgern, denen die Zähne längst ausgefallen sind, liegt der „radikale Lärm" nicht. Immer langsam voran . . . Nur bei einem Punkt der Tagesordnung wurde es lebendig. „Volksblättchen" berichtet verlegen: „Die Aufstellung der Liste der Kandidaten zur Reichstags- und Landtagswahl konnte wohl eine Diskussion über die Zweckmäßigkeit der einzelnen Kandidaturen hervorrufen." An anderer Stelle berichtet es sogar von „Meinungsverschiedenheiten" in dieser Frage. Aha! Da wird's lebendig! Da ging's um die Futterkrippe! Da schwoll in dem sozialdemokratischen Heldenbusen die Entrüstung über die Schiebung des anderen Genossen, der sich selber in den weichen Parlamentssessel drängte. Pfui Teufel! Das Kotzen kommt einem an, wenn man an diese Bande von sogenannten „Arbeiterführern" denkt, deren einziges Sinnen und Trachten darauf geht, sich auf Kosten der dummen Proleten ein angenehmes Leben zu verschaffen. Der wüste Krach um die Mandate, von dem uns berichtet wird, war wirklich der Höhepunkt dieses Tages. Arme sozialdemokratische Arbeiter! Wie lange wollt Ihr Euch noch von dieser Sorte politischer Geschäftemacher an der Nase herumführen lassen?

Wie gesagt, abgesehen von der Keilerei um den M. d. R.-und M. d. L.-Titel, herrschte völlige Einmütigkeit. Die Einmütigkeit wird auch am 7. Dezember da sein. Die Einmütigkeit der geprügelten Hintern . . . Wir gratulieren im voraus!

Besonders stolz berichtet „Volksblättchen" von dem „purpurnen Rot", mit dem das Lokal des Pleitetags geschmückt war. Wir schlagen ihm für das nächste Mal vor, inmitten dieser roten Tücher folgenden Vers aufzuhängen:

Skatbrüder sind wir, die den Marx gelesen,
Wir sind noch niemals so entfernt gewesen
Von jener Bahn, die uns geführt Lasalle.

Neuer Kniefall der sächsischen SPD.-„Linken"

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 4. November.

Wie der „Vorwärts" heute früh berichtet, hat der Berliner Vorstand der SPD. in einer gemeinschaftlichen Sitzung mit der sächsischen Landtagsfraktion gestern in Berlin beschlossen, daß die sächsische Fraktion den Antrag auf Auflösung des Landtages erst dann stellen und etwaigen anderen Auflösungsanträgen erst dann zustimmen dürfe, wenn die Dresdener Parteivereinbarungen durchgeführt seien.

Leinert bittet um — Urlaubsverlängerung

Hannover, 3. November.

Sozialdemokrat und Oberbürgermeister Leinert, der sich seit Monaten in einem angenehmen und genußreichen Pensionsleben von seinem Schreck über den Verlust der hohen Jahreseinnahmen erholt, hat noch immer keine Lust, zurückzukehren und seine Arbeit „im Dienste des deutschen Proletariats" wieder aufzunehmen. Er hat um eine vierzehntägige Verlängerung seines Urlaubs ersucht. Anscheinend will er erst die Wahl abwarten, ehe er seinen Skandal vor die Oeffentlichkeit bringt. Genau so ist es mit seinem Mitbürger Haarmann, dessen Prozeß natürlich auch erst nach dem 7. Dezember stattfindet.

Denkt Ihr an die 7000, die im Zuchthaus schmachten?
Habt Ihr aus 6 Jahren „Demokratie" gelernt?
Für jeden Gefangenen zehn neue Kämpfer!
Hinein in die KPD.!

Ende des chinesischen Krieges

Wupeifu vernichtet

London, 3. November.

Reuter meldet aus Tientsin, daß die Verteidigung Wupeifus gegenüber Fengyuhsiang vollständig zusammengebrochen ist. Wupeifu verließ Tientsin und begab sich nach Taku wahrscheinlich, um sich auf einem nach dem Süden gehenden Dampfer einzuschiffen.

Tientsin, 3. November.

Fengyuhsiang ist in Friedensverhandlungen mit Wupeifu eingetreten; es wurde ein Waffenstillstand abgeschlossen und die Feindseligkeiten eingestellt. Wupeifu befahl, die Eisenbahn in Richtung auf Taku freizumachen. Es wird vermutet, daß er zu entfliehen beabsichtigt.

London, 3. November.

Reuter meldet aus Peking, daß unbestätigten Berichten aus Tientsin zufolge Wupeifu sich auf einem Dampfer geflüchtet hat. Gestern fanden Gefechte bei Yangtsun statt, wo Wupeifus Hilfskräfte aus Schantung kampflos kapitulierten. Die öffentliche Meinung ist für Beendigung des Kampfes und das Volk hofft, daß Tschangtsolin nach Peking kommen und den politischen Aufbau übernehmen werde.

Die SPD.-Demokraten müssen Farbe bekennen.

Nach der Auflösung des Reichstages steht die Reichsverfassung vor, daß zwei Ausschüsse, der Auswärtige und der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, weiterbestehen und daß die Mitglieder dieses Ausschusses die Rechte der Immunität genießen. Die Justizorgane der Republik haben sich jedoch über diese Bestimmungen der Reichsverfassung hinweggesetzt und die Strafverfolgung der kommunistischen Mitglieder dieser Ausschüsse betrieben. Unsere Reichstagsfraktion ließ daher an die sozialdemokratischen Vorsitzenden der beiden Ausschüsse folgende Briefe richten:

Berlin, den 28. Oktober 1924.

An den Herrn Reichstagsabgeordneten Henke,
Vorsitzender des Ständigen Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung
Berlin.

Sehr geehrter Herr!

Auf Grund der Artikel 35 und 37 der Reichsverfassung genießen die Mitglieder des Ständigen Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung auch in der Zeit nach Reichstagsauflösung weiter die Immunität. Von der Kommunistischen Partei gehören dem Ausschuß die Abgeordneten Ruth Fischer und Thälmann an. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, hat die Justizbehörde Verfolgungen dieser Abgeordneten eingeleitet. Wir ersuchen Sie um Auskunft, was Sie zu tun gedenken, um die Wahrung der Reichsverfassung in dieser Hinsicht zu sichern.

Im Auftrage der kommunistischen Reichstagsfraktion
gez.: Ruth Fischer.

Berlin, den 28. Oktober 1924.

An den Herrn Reichstagsabgeordneten Hermann Müller,
Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses
Berlin.

Sehr geehrter Herr!

Auf Grund der Artikel 35 und 37 der Reichsverfassung genießen die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses auch in der Zeit nach Reichstagsauflösung weiter die Immunität. Von der Kommunistischen Partei gehören dem Ausschuß die Abgeordneten Ruth Fischer, Stöcker und Rosenberg an. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, hat die Justizbehörde Verfolgung dieser Abgeordneten eingeleitet. Wir ersuchen Sie um Auskunft, was Sie zu tun gedenken, um die Wahrung der Reichsverfassung in dieser Hinsicht zu sichern.

Im Auftrage der kommunistischen Reichstagsfraktion
gez.: Artur Rosenberg.

Die Herren Sozialdemokraten, die immer so viel von Demokratie und vom Schutze der Verfassung reden, haben es jetzt in der Hand, praktisch zu bewessen, wie ernst es ihnen mit ihren Beteuerungen ist.

Verweigern die SPD.-Vorsitzenden der beiden Ausschüsse den kommunistischen Mitgliedern das ihnen laut Verfassung zustehende Recht, so bestätigt die sozialdemokratische Führerschaft nur erneut, daß sie Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterschaft und ihre Funktionäre gutheißt und mit anwendet.

Die Sozialdemokratie im Urteil ihrer englischen Genossen

Die SPD. schuld an den heutigen Zuständen — Kein Klassenkampf gegen die Kapitalisten

(Eig. Drahtm.) **London**, 4. November.

Der „Daily Herald", das englische sozialistische Organ, schreibt gegen die SPD. im deutschen Wahlkampf folgendes:

„Die Sozialdemokraten haben scheinbar vergessen, daß vieles, was sie jetzt bejammern und neu erkämpfen wollen, verursacht ist durch ihr Hin- und Herschwanken, ihr gerade zu den jüngsten Urteilen, die vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik (lies zum Schutze der Macht der Privilegierten) gefällt wurden, an dem drei Vertreter ihrer Partei mitwirkten. Nicht die Kommunisten stellten den Dawes-Plan als einen Sklavenpakt und die anderen Parteien als die Gerichtsvollzieher und Antreiber fremder und heimischer Kapitalisten hin."

Das Blatt sagt dann noch weiter:

„Die Sozialdemokraten predigen eine milde Ausgabe des Klassenkampfes, der sich nur gegen den monarchistischen Flügel, nicht gegen die Kapitalisten richtet. Was die auswärtige Politik angeht, so stimmen die Forderungen der Sozialdemokraten völlig überein mit denen der Demokraten."

Das Hauptorgan der englischen Sozialdemokraten stellt hier unzweideutig folgende Tatsachen fest:

1. Die SPD. selber ist schuld an den heutigen Zuständen, an der Reaktion, an der Klassenjustiz, über die sie heute ein solches Geschrei erhebt.

2. Die SPD will keinen Klassenkampf gegen die Kapitalisten.

Das ist allerdings ein eigenartiges Geständnis, das die englischen Sozialdemokraten über ihre deutschen Genossen machen. Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Hat das „Volksblatt" wenigstens den Rest von Mut, dieses Urteil der von ihr sonst so vergötterten englischen Genossen über die deutsche SPD. seinen Lesern mitzuteilen? Natürlich nicht!

Der deutschen Arbeiterschaft aber beweist dieses treffende Urteil selbst der englischen Sozialdemokraten, daß es Zeit wird, den Kampf gegen die Partei des Arbeiterverrates, des Arbeitermordes, der Zuchthausurteile, aufzunehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241104-14/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 – Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle

Oberbezirk Ost. Am Donnerstag, dem 6. November, abends 8 Uhr, findet bei Weber (Flugplatz) eine Oberbezirksleitungs- sowie Distriktsleitungssitzung statt. Alle obengenannten Funktionäre müssen unbedingt erscheinen.

Distrikt 18. Mittwoch, den 5. November, abends 8 Uhr: **Funktionärsitzung.** Erscheinen ist Pflicht.

Halle-Saalkreis

Ammendorf. Große Funktionärversammlung Mittwoch, 5. November, abends 8 Uhr, im „Elsterthal"

Canena. Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 5. November, abends 8 Uhr, im Lokal Wenkel.

Gutenberg. Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 5. November, abends 8 Uhr, im Lokal Bertram.

Mötzlich-Tornau. Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 8. November, abends 7½ Uhr, in Mötzlich im Lokal Maye.

Döllnitz. Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 8. November, abends 8 Uhr, im Lokal „Palmbaum".

Dölau. Mitgliederversammlung am Donnerstag, dem 6. November, abends 8 Uhr, im Lokal Dierschke.

Kreis Merseburg

Dürrenberg. Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 5. November, abends 8 Uhr, im Lokal Mennicke. Alle Genossen müssen zur Stelle sein.

Teuditz. Mitgliederversammlung am Freitag, dem 7. November, abends 8 Uhr, im Gasthof Brant in Teuditz.

Goddula. Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 8. November, abends 8 Uhr, in Goddula

Kreis Weißenfels

Weißenfels. Wichtige Mitgliederversammlung am Dienstag, dem 4. November, abends 8 Uhr, im „Goldenen Löwen". Tagesordnung: Werbewoche.

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 5. November, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Kreisfunktionärkonferenz am Sonntag, dem 9. November, vormittags 10 Uhr, in Bitterfeld, im „Bürgergarten". Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Mühlbeck. Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch, dem 5. November, abends 8 Uhr, im Gasthaus Mühlbeck.

Rösa. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, dem 6. November, abends 8 Uhr, im Gasthof.

Greppin. Oeffentliche Volksversammlung am Freitag, dem 7. November, abends 8 Uhr, im Lokal Schmidt.

Wolfen. Oeffentliche Volksversammlung am Freitag, dem 7. November, abends 8 Uhr, im Gasthof

Muldenstein. Oeffentliche Volksversammlung am Sonnabend, dem 8. November, abends 8 Uhr im Gasthof.

Rieda, Schrenz. Oeffentliche Volksversammlung am Sonnabend, dem 8. November, abends 8 Uhr, im Gasthof.

Kreis Liebenwerda

Naundorf-Lauchhammer. Frauenabend am Dienstag, dem 4. November, abends 8 Uhr, im Lokal Dambowski. Alle Genossinnen müssen unbedingt erscheinen.

Plessa, Döllingen, Hohenleipisch. Arbeitsgebietsfunktionärkonferenz am Mittwoch, dem 5. November, abends 8 Uhr, in Hohenleipisch im „Goldenen Löwen". Alle Ortsgruppenfunktionäre müssen unbedingt an dieser Funktionärkonf. teilnehmen.

Bockwitz. Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 8. November, abends 8 Uhr, im „Volkshaus".

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Die Photo-Aufnahmen von der Fahnen-Uebergabe der Ortsgruppe Halle sind fertig gestellt. Alle Unterbezirke und Ortsgruppen, die solche Aufnahmen wünschen, müssen sich sofort unter Angabe der gewünschten Stückzahl an den Bezirks-Vorsitzenden, Kamerad Richard Richter, wenden.

Mittwoch abend 8 Uhr im „Volkspark": **Vorstandssitzung.** Die Werbebezirksführer haben ebenfalls zu erscheinen.

Kreisvorstand RFB.

Was fehlt in Ihrem Küchenschrank?

Man kann sich heutzutage keinen Küchenschrank denken ohne Feinkostmargarine „Schwan im Blauband!" Es gibt wohl keine Margarine, die sich zur Verwendung beim Kochen, Braten und Backen so glänzend bewährt hat, wie sie. In jedem Küchenschrank ist deshalb „Schwan im Blauband" zu finden.
Sie kostet in der bekannten Packung 50 Pf. das Halbpfund

Schwan im Blauband frisch gekirnt

*797

Ufa-Theater „Walhalla"
Täglich **5,30** und **8,00** Uhr:
Kapitän Schneider
mit seinen
50 Löwen 50
Der größte Löwendresseur der Welt
Fütterung in jeder Vorstellung
Im Filmteil:
Die Wunder des Amazonenstromes
Abenteuerfilm in 5 Akten 3301
Jugendliche zur ersten Vorstellung wochentags halbe Preise — Beginn 4 Uhr

---

Stadt-Theater
Mittwoch 7½ Uhr:
Undine
Undine: Kolb
Hugo: Andersen
Veit: Kathammer
Kühleborn: Böhmer
Berthalda: Awissus
Donnerstag:
Wetterleuchten

Akten-taschen
la. Leder, billigst
nur
Schmeerstr. 19,
Lederwaren-Spezial-Geschäft

Wohnungstausch!
Stube, K. K. von
Halle n. Mücheln
zu erfr. Mittelstr. 5 p. l.

Eisleben [266
Gesangverein
Gemischter Chor
Dienstag, 4. Nov., abends 8 Uhr:
Singestunde
Erscheinen all Sangesschwestern und Brüder ist Pflicht

Weißenfels 1117
Am Saalestrand
Heute
Schlachtefest
Emil Illig.

Nur eine Anzeige
im gelesensten Organ der werktätigen Bevölkerung
und Sie sind unser ständiger Inserent

Nur noch kleiner Posten

Lebensmittel-Spezial-Geschäft
Merseburg
Burgstraße 22 **An der Geisel 1**
12 große Vollheringe
55 Pf.
1119

Nur noch kleiner Posten

Ein
MARS-ROMAN

A. Bogdanoff
Der Rote Stern
Ein utopischer Roman aus dem Russischen übersetzt von H. Zur Mühlen, wird im „Klassenkampf" veröffentlicht und ist in jeder komm. Buchhandlung in Buchform erhältlich

Preis für Mitglieder komm. Org. br. 1,50 geb. 2,50. Im Buchhdl. 2,50, geb. 3,50

Verlag der Jugendinternationale
Berlin-Schöneberg

Zu beziehen durch die Bezirks-Zentral-Buchhandlung Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14

Schuhe und Stiefel werden zum
Besohlen
angenommen
Gustav Engelhardt,
Schuhmacher, Merseburg,
Schmalestraße 14, 2 Treppen
Strümpfe zum Stricken
werden daselbst angenommen [1118

Ia. Bündelholz
Bund 25 Pf., empfiehlt
Max Zirnstein
1109] **Weißenfels**
Kleinbahnhof Merseburger Straße

Modezeitungen empfehlen die Volksbuchhandlung

Sobel's billiges Angebot
Tontöpfe in allen Größen
1 Waggon wieder eingetroffen
Gr. Ulrichstraße 9 **Sobel** Steinweg 45
Reilstraße 1. 3300

Druck
sachen aller Art, für Private u. Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- u. mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen die Abt. Buch- u. Kunstdruckerei der Prod.-Genossenschaft e. G. m. b. H., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14, Fernruf 1045, 1047, 2251. Verlangen Sie Preis-Offerten oder den Besuch unserer Vertreter.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27
(Volkspark) ca. 5000 Bände
Geöffnet Dienstag und Donnerstag, abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandl., Harz 42/44

Von der Beerdigungsfeier für die Familie Wettmann
habe ich **zehn photographische Aufnahmen** gemacht. Außer bei den Funktionären der KPD. sind sie bei mir einzeln zu haben 3304
Franz Brodik, Burgstraße 21

Teilzahlung kleine Raten Aluminium-Ware
billige Kochtöpfe und Eisenträger, Zeichenartikel, Schokolade u. Keks
Schiele, Kapellengasse 3 [328
Postkarte genügt, auch nach außerhalb

Von heute an sowie fortwährend stehen
3297 in großer Auswahl

pa. hann. Ferkel, Läufer- u. Futterschweine
zu sehr billigen Preisen zum Verkauf.
H. Richter, Trothaer St. 80. Tel. 3752

Achtung! Achtung!
Wegen günstig. Einkaufs verkaufe
3296 ab Dienstag
Hammelfleisch
zum Braten Pfund 90 Pf.
zum Kochen Pfund 80 Pf.
Edmund Heßler
Kleine Klausstraße 2

Sowjetsterne
in den bekannten Größen.
Stück **40** und **50** Pf.
Runen, Stck. 40 Pf.
Edelbein-Anhänger 1.– M
für Frauen und Mädchen
KJJ.-Abzeichen Stck. 50 Pf.
wieder eingetroffen.
Bezirks-Buchhandlung
und deren Filialen

Bekanntmachung

Für den Neubau eines Altersheims kommen nachstehende Arbeiten und Lieferungen zur Vergebung: 1. Tischlerarbeiten, 2. Steinmetzarbeiten, 3. Linoleumlieferung. Die Verdingungsunterlagen liegen im Stadtbauamt, Herrenstraße 10, zur Einsichtnahme aus und können dortselbst zum Preise von 1 Mk. in Empfang genommen werden. Die Angebote sind verschlossen bis spätestens Mittwoch, den 12. d. Mts., vormittags 10 Uhr, im Stadtbauamt einzureichen.

Eisleben, den 3. November 1924
264 **Der Magistrat.**

Casino-Lichtspiele, Wittenberg
Von Dienstag bis Donnerstag:
Lustige Woche!
Drei Könige des Humors
Fatty als vierfacher Bräutigam
Buster Kiaton in „Tommy macht eine Seefahrt"
9 Akte 9 Akte
Fix und Fax in „G. m. b. H."
321 Anfang 6 u. 8 Uhr

Lichtspiel-Theater Wittenberg
Das erstklassige Programm für
Dienstag bis Donnerstag:
Jimmy im Seebad!
Eine Groteske in 2 Akten
Der Pantoffelheld!
Ein vorzügliches Spiel in Eisen in 5 Doppelakten mit **Reinhold Schünzel, Liane Haid, Paul Hartmann** [320

Bekanntmachung

Die Stadtverordneten Bureauangestellter Thomas Merzinski (Wahlvorschlag 2 „Kommunistische Partei Deutschlands") und Rechtsanwalt und Notar Dr. Hans Strasser (Wahlvorschlag 4 „Nationaler Bürgerring") haben ihre Aemter als Stadtverordnete niedergelegt.

Die Reihenfolge, in der die noch vorhandenen Bewerber der beiden Wahlvorschläge zu berufen sind, ist durch die Mehrheit der noch wahlberechtigten Unterzeichner der Wahlvorschläge in Gemäßheit der Bestimmungen im § 8 des Gemeindewahlgesetzes wie folgt geändert worden

a) Wahlvorschlag 2
„Kommunistische Partei Deutschlands"

7. Liebau, Wilhelm, Handelsmann, Stahlhüttenhof 5
8. Wessel, Otto, Hüttenmann, Rammtorstraße 12
9. Rudloff, Berta, Hausfrau, Leuschnerstraße 95
10. Machlitt, Friedrich, Arbeiter, Petristraße 1a

(11—30 unverändert).

b) Wahlvorschlag 4
„Nationaler Bürgerring"

14. Mettendorf, Otto, Maschinenwärter, Mittelreihe 22
15. Keller, Bernhard, Ingenieur, Hallesche Straße 9
16. Wille, Walter, Bäckermeister, Breiter Weg 28
17. Brandt, Paul, Arbeiter, Gerbstedter Straße 8
18. Kaiser, Georg, Gärtnereibesitzer, Klosterplatz 6
19. Burckhardt, Ernst, Kaufmann, Hallesche Straße 67
20. Dr. von Grabowski, Paul, prakt. Arzt, Hallesche Straße 23

(21 bis 26 unverändert).

Hiernach treten als Ersatzmänner in die Stadtverordneten-Versammlung ein:
a) an Stelle des Bureauangestellten Thomas Merzinski der Handelsmann Wilhelm Liebau
b) an Stelle des Rechtsanwalts und Notars Dr. Hans Strasser der Maschinenwärter Otto Mettendorf

Gegen diese Feststellung kann jeder Wahlberechtigte binnen 2 Wochen nach der Bekanntmachung beim Magistrat Einspruch erheben.

Eisleben, den 1. November 1924
265 **Der Magistrat.**

Unsere Trägerinnen kassieren in diesen Tagen und bitten wir daher, den Betrag bereitzulegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241104-14/fragment/page=0004
DFG

Massenprotest des hallischen Proletariats gegen Bürgerblock, Magistrat und SPD.

Gestern abend fand im großen Saale des „Volkspark" eine große öffentliche Protestversammlung gegen die Scharfmacherpolitik des Magistrats und die neue Vergewaltigung der kommunistischen Stadtverordneten statt. Der volle Saal, die besetzten Tribünen, zeugten von dem regen Interesse, das die hallische Arbeiterschaft für ihre Sache zeigt. Fast die gesamten Gemeindearbeiter der Stadt Halle waren erschienen, um durch ihren Massenaufmarsch den Herren vom Bürgerblock und der Sozialdemokratie zu zeigen, daß sie auf das entschiedenste gegen die gemeine Willkürpolitik der Herren Busse-Finger-Dürrfeld kämpfen werden. Mit diesem Massenaufmarsch der Gemeindearbeiter auf die Aufforderung der KPD. zeigt sich aber auch, wie fest die Kommunistische Partei in der hallischen Arbeiterschaft verwurzelt ist. Am Sonnabend nahmen 6000 hallische Arbeiter am Begräbnis der Genossen Wettmann teil. Am Sonntag marschierten zum Roten Tag noch mehr hallische Arbeiter auf. Für Montag ruft die hallische KPD. abermals eine Versammlung ein — und wieder folgen Tausende dem Rufe der KPD.

Als erster Redner ergriff in der gestrigen Versammlung das Wort Genosse Härtel. Er führte etwa folgendes aus: Die Arbeitgeber haben die Gemeindearbeiter Halles brutal niedergeschlagen. Der Kampf der hallischen Gemeindearbeiter wurde mit einer Niederlage beendet.

Die bürgerlichen Stadtväter haben seither die hallischen Gemeindearbeiter am Gängelbande herumgeführt. Das versuchten sie im Einvernehmen mit dem Kommunenverband zu tun und zwar auf eine Weise, daß die Gemeindearbeiter Halles auf das Gemeinste betrogen wurden.

Man hat sie bisher mit den niedrigsten Löhnen bezahlt, die in der Industrie zu finden waren. So wurden von 1800 Arbeitern nahezu 1600 Arbeiter mit einem Wochenlohn von noch nicht 20 Mk. bezahlt. Diese Schurkereien haben die Herren von der Sozialdemokratie ohne Zögern mitgemacht.

Während man die Stadtbetriebe zu Musterbetrieben machen wollte, hat der Magistrat die Arbeiter in den städtischen Betrieben zu Lohndrückern in allen Zweigen der Industrie gemacht. Wenn der hallische Gemeindearbeiter im Durchschnitt ganze 85,00 Mk. im Monat erhält, so bedeutet das, bei Abzug von 10 Mk. für Sozialversicherung, von 12 Mk. für Miete, von 10 Mk. für Heizung und Beleuchtung, von 8 Mk. für Kleidung und Schuhbesohlen usw. noch gerade 40 Mk. für Monatsausgaben an Essen, Trinken usw. verausgabt werden können. Dabei sind bei weitem noch nicht alle Posten, z. B. Kleidung, kulturelle Bedürfnisse usw., gerechnet.

Insbesondere wirkt auf diese elende Lage das Dawes-Gutachten ein. So entstand der Streik der mitteldeutschen Gemeindearbeiter. Der Arbeitgeberverband stellte die Arbeiter auf die lange Probe. Zwei Monate wurden trotz der Verbandsführer und der Lohnkommission die Verhandlungen hinausgezogen. Die Arbeitnehmer indes haben den Streik nicht auf die Spitze getrieben. Ihre Langmut hat jetzt den Erfolg gehabt, daß mehrere hundert städtische Arbeiter aufs Pflaster geflogen sind. Des weiteren wurden die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft mit verlängerter Arbeitszeit, mit gemeinen Arbeitsmethoden beantwortet. So hat die Stadt Halle die Streikenden beschimpft und provoziert.

Allem setzte die Krone auf die famose Stadtverordnetenversammlung vom letzten Freitag, in der von den Bürgerlichen einzig der erzreaktionäre Schulrat Busse und Prof. Steinbrück erschienen waren, um so das „hohe" Haus beschlußunfähig zu machen und die Behandlung der Dringlichkeitsanträge der Kommunistischen Fraktion, die den Austritt aus dem Kommunenverband forderte, zu verhindern.

In der heute stattgefundenen Gemaßregelten-Versammlung hat der „linke" SPD.-Mann Flücht die Teilnehmer vor der Teilnahme an der von der KPD. einberufenen öffentlichen Versammlung gewarnt.

Diese verräterische Kompromißpolitik hat die SPD. schon seit Beginn des Gemeindearbeiterstreiks getrieben. So sollte z. B. die SPD. einen Handzettel an die Streikenden mit unterschreiben. Da der Zettel eine — — „Beleidigung" der Unternehmer sei, hat die SPD. die Unterschrift verweigert.

Danach muß die Verräterpartei am 7. Dezember von der Arbeiterschaft eingeschätzt werden.

Weiter ergriff Genosse Lorenz vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter das Wort. Er zeigt, wie der Streik ganz eindeutig durch das Unternehmertum provoziert wurde, daß aber auch auf der anderen Seite die Arbeiterschaft nicht einig gewesen sei (Gaswerk!). Warum aber sind die Arbeiter unterlegen? Einzig und allein durch die Schuld der Reformisten. (Zurufe: Sehr richtig!) Schaumburg von der SPD. hat die Verbindlichkeitserklärung verlangt. Weiter wollte er das Führerpersonal der Straßenbahn nicht einbeziehen. Auf den Vorschlag, den Streik in verschärfter Form weiterzuführen, sagte Schaumburg, daß ja Verhandlungen im Arbeitsministerium geführt würden. „Ich mache nicht mit!" Als der Streik am Freitag beendet war, stieß Sch. ein Freudengeheul aus. **Durch das besonders schuftige Verhalten der SPD. in Halle fanden hier Maßregelungen statt, während das in anderen Städten nicht der Fall war.**

So hat z. B. der Magistrat der Städte Weißenfels, Burg und Aschersleben die Forderungen der Arbeiter als vollkommen berechtigt anerkannt.

Als dann Genosse Lorenz davon spricht, die Lehren des letzten Streiks für den nächsten Streik, für den Kampf ums Dasein zu verwerten, da zeigt die Versammlung durch ihren Beifall, daß die Gemeindearbeiter weiter kampfbereit sind.

Nun ergreift Gen. Kilian das Wort. Er erinnert die Anwesenden noch einmal an die Feigheit des hallischen Bürgertums seit den November-tagen 1918. Er geht dann zu der klaren und eindeutigen Politik der kommunistischen Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung über und erwähnt einige für die klare Haltung der Kommunisten typische Fragen. So konnte zunächst keine Entscheidung über Verpachtung oder Nichtverpachtung des Stadtgutes Gimritz erzielt werden. Erst die Haltung der Kommunisten brachte die klare Entscheidung dafür, daß das Gut von der Stadt in eigene Regie zu übernehmen sei. Ebenso entschieden verhielten sich die kommunistischen Stadtverordneten den Angriffen des Haus- und Grundbesitzerverbandes, der die freie Wohnungswirtschaft forderte, gegenüber. Genosse Kilian gibt dann wahrhaft erschütternde Elendsbilder aus Proletarierwohnungen. Unter brausendem Beifall der gesamten Versammlung erklärt er: Wenn die Arbeiter die Macht haben, werden sie die Bourgeoisie in die Höhlen des Elends nach der Art eines Hauses der Sophienstraße, im Volksmund „Goldene Laus" genannt, umquartieren.

Genosse Kilian geht zum Streik der Gemeindearbeiter über, nagelt noch einmal die ganze Gemeinheit des Magistrats und des Bürgersozialdemokraten-Blocks fest und beweist, wie bewußt der Bürgerblock am Freitag die Versammlung der Stadtverordneten sabotiert habe. Jetzt geht der Magistrat dazu über, „seine" Arbeiter brutal zu vergewaltigen. An Stelle von mißliebigen Arbeitern werden Stahlhelm-Banditen eingestellt.

Am Freitag hat sich insbesondere noch die Tatsache feststellen lassen: Die Völkischen bekannten sich jetzt auch offiziell durch ihr Nichterscheinen gegen die Forderungen der Arbeiterklasse. Alles, was sie bisher „im Interesse der Arbeitnehmer" aufzuführen beliebten, ist als Komödie entlarvt. Sie haben neben allen anderen Bürgerlichen ihre Feigheit, Unfähigkeit und Arbeiterfeindlichkeit wieder einmal bewiesen.

Nicht weniger schuftig hat sich die SPD. den Streikenden gegenüber benommen. Fest steht, daß der sozialdemokratische Bürgermeister von Magdeburg, Beims, eine große Rolle im Kommunalverband spielt. Weiter der famose Herr Hörsing, ebenfalls Sozialdemokrat. Er setzte die Tenor in Halle ein, d. h. er setzte die klare Linie fort, die er seit dem Blutbad vom März 1921 einhält. Weiter: Die SPD. erkannte nicht die gesamten Forderungen der Streikenden an, sondern nur den Schiedsspruch. Freitag war es interessant, wie die SPD. allmählich den Sitzungssaal verließ. **Als erster floh der Feldwebel a. D. Gottlieb Kasparek.** (Heiterkeit!), ihm folgten Oberpostsekretär Dürrfeld und Lehrer Wilke. So verriet die SPD. ihren eigenen unklaren Antrag. Auch in dem „Volksblatt"-Bericht über die Stadtverordnetensitzung am Freitag kommt ganz klar die Gemeinheit der SPD. zum Ausdruck.

Alle diese verräterischen Parteien, von der SPD. bis zur Ludendorff-Partei, werden jetzt wieder maskiert in den Wahlkampf eintreten. Die Lügen dieser Parteien müssen jetzt restlos von allen Arbeitern aufgedeckt werden. Die proletarische Faust, der Geist des Roten Frontkämpfertages muß die Verräter am Proletariat niederschlagen. Eine breite Kampffront gegen die Dawes-Versklavungspläne und für die Sozialisierung muß hergestellt werden. In den Betrieben muß die Sozialdemokratie gebrandmarkt und dann

am 7. Dezember diesen Herrschaften die Quittung für ihren Verrat ausgestellt werden

•

Die bürgerlichen Zeitungen in Halle haben das Ihrige getan, um die niederträchtigen Pläne des Bürgerblocks wirksam zu unterstützen. Die Berichte über den Verlauf der letzten Stadtverordnetenversammlung sind nichts als aneinandergereihte Lügen. Es konnte ja auch nicht anders sein:

waren die Schmoks — einschließlich des Sozialdemokraten Kasparek — doch feige geflohen, als die Gemeindearbeiter den Sitzungssaal betraten.

Draußen horchten sie dann noch ein bißchen herum, fragten die Sipo, was es denn gäbe, und bekamen von der ganz bestimmt die Antwort, die sie hören wollten; daß nämlich die Proleten wieder einmal die Schuld an allem hätten.

Das „Volksblatt" aber schießt — wie immer, wenn es Arbeiterverrat gilt — den Vogel ab: erst werden Herrn Runges Polizeisoldaten wieder einmal herausgestrichen, und dann geht die Hetze gegen die Kommunisten los.

Zu irgendwelchen Zwischenfällen kam es hierbei nicht, da die Polizeibeamten sich durchaus korrekt benahmen, und die von der kommunistischen Fraktion gerufenen Arbeiter vernünftig genug waren, einzusehen, daß ihre Lage nicht durch das Absingen der Internationale gebessert werden kann.

Ja, die paar Sozialdemokraten, die mit der kommunistischen Fraktion diesmal mitmachten, hätten die Proleten sicher nicht gerufen. Aber es wäre zu offensichtlich gewesen, daß sie die Oeffentlichkeit insgeheim zum Teufel wünschten, wenn sie gleich Herrn Steinbrück verfahren wären. Und wenn das „Volksblatt" die idiotische Behauptung aufstellt:

Sie genossen so einen ganz ausgezeichneten Anschauungsunterricht über die Ergebnisse kommunistischer Verhetzung, der es einzig und allein zuzuschreiben ist, daß sich die Herren von der anderen Seite des Stadthauses eine solch unerhörte Herausforderung von anderthalbtausend städtischer Arbeiter erlauben dürfen,

so soll es erfahren, daß der Anschauungsunterricht in sozialdemokratischen Arbeiterverrat gegeben wurde. Herr Kasparek ärgert sich offensichtlich, daß die Kommunisten nicht aufgefordert haben, Handgranaten zu werfen, sondern daß sie ruhig und unbeirrt mit den Proleten das besprachen, was die Situation erforderte. Und er bezeichnet den Zustand seiner Partei ganz richtig, wenn er sagt:

Aber wenn die Arbeiter wirklich kämpfen, das heißt, von ihren wirtschaftlichen Machtmitteln Gebrauch machen oder nur Gebrauch machen wollen, dann bekommen es diese Bürgersleute, ganz gleich welcher politischen Glaubensgemeinschaft sie angehören, mit der Angst zu tun.

Denn jeder Arbeiter weiß, daß die Sozialdemokratie heute eine bürgerliche Partei ist.

Ist sie nicht mit dem Bürgerblock liiert durch das Leichenbanner? Schützt sie nicht demokratische Versammlungen mit ihren schwarz-rotgoldenen Mannen vor den kommunistischen Arbeitern? Die Demokraten sind die schlimmsten Mitläufer des Bürgerblocks; sie laufen Herrn Steinbrück wie Hündlein nach. Mit Ach und Weh manchmal; aber wenn es gilt, die Pläne des reaktionären Bürgermeisters Sendel durchzusetzen, dann stehen sie an erster Stelle. Und das sind die Busenfreunde der Sozialdemokratie.

Der Siegestag der russischen Revolution ruft die hallische Arbeiterschaft

zur

Revolutions-Feier

Sie findet am

Freitag, dem 7. Novbr.,

im

großen Saale des Volksparks

statt.

Es wird an dem Tage entsprechendes proletarisches Programm dargeboten.

Genossen, nehmt Einlaßkarten im Vorverkauf bei den besonderen Stellen!

Halle und Saalkreis

An unsere Leser!

Vom 1. November an treten für unsere Leser in der Abonnementsbezahlung folgende Zahlungserleichterungen ein:

Der „Klassenkampf"-Abonnementsbetrag von 2,60 Mark kann in vier Raten zu je 65 Pfennig gezahlt werden. Der 65-Pfennig-Betrag ist aber unbedingt am Wochenbeginn an unsere Trägerin zu entrichten. Wir bitten die Leser, deren wirtschaftliche Lage es gestattet, den Abonnementsbetrag auf einmal oder in zwei Raten zu zahlen, dies unbedingt zu tun. — Gleichzeitig erhält der „Klassenkampf" als Beilage die illustrierte Arbeiterzeitung „Der Rote Stern".

„Das Wort" kostet ab 1. November monatlich nur 1 Mark und erscheint an jedem Montag, Mittwoch und Freitag. Der Abonnementsbetrag kann in zwei Raten entrichtet werden. Jeder Leser erhält eine besondere Quittung.

Das „Mitteldeutsche Echo" kostet nach wie vor monatlich nur 1,20 Mark und erscheint täglich.

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH.
Abteilung Verlag.

Unerhörte Uebergriffe der Schupo

Unter dieser Ueberschrift berichteten wir vor einigen Tagen über die Mißhandlungen eines widerrechtlich verhafteten Arbeiters durch die Runge-Polizei in der Reil-Kaserne. Wir knüpften an diese Mißhandlung folgende Bemerkung:

Wie verhält sich das hiesige sozialdemokratische Organ, das „Volksblatt", zu einem solchen Fall? Kurz bevor der mißhandelte Arbeiter zu uns kam, um uns über den Vorfall zu berichten, war er in der „Volksblatt"-Redaktion gewesen. Erst nach langem Widerstand erklärte sich ein „Volksblatt"-Redakteur mit der Aufnahme des Berichtes einverstanden. Er erklärte aber, daß **die Mißhandlungen für die Veröffentlichung nicht in Frage kämen. Ebenso die Beschimpfungen und Anschuldigungen,** da — — keine Zeugen bei dem Vorfall zugegen gewesen seien! Für die Veröffentlichung hielt der SPD.-Bonze lediglich die Tatsache der Verhaftung und des Festhaltens in der Polizeigewalt geeignet. Und auch ein solcher „Bericht" nimmt — nach Aussage des Redakteurs — etwa acht Tage in Anspruch. Sonst könnte man es ja auch mit der Runge-Polizei verderben . . .

Wir sind gespannt, wann und wie das „Volksblatt" den Bericht verwässern oder verfälschen wird.

Jetzt meldet sich das „Volksblatt". Es druckt unseren Bericht im Wortlaut ab und bestreitet dann mit ausweichenden Worten die Richtigkeit des letzten Absatzes, indem es schreibt: „Diese Darstellung entspricht nicht ganz den Tatsachen. Erlogen ist es, wenn behauptet wird, wir hätten uns erst nach langem Widerstande mit der Aufnahme des Berichts einverstanden erklärt. Wahr ist vielmehr, daß wir den Bericht sofort stenographisch aufgenommen haben, dann allerdings dem jungen Mann (es handelt sich um den Arbeiter Arthur Freese, wohnhaft Kleiner Sandberg 24) erklärten, daß wir erst Untersuchungen anstellen müßten, ehe wir die Angaben veröffentlichten. Wir haben ihm auch erklärt, daß es schwer sein würde, die Behauptungen zu beweisen, da er keine Zeugen gehabt habe und die Polizeibeamten gewöhnlich Mißhandlungen in Abrede stellen."

Ausgezeichnet: Nicht ganz soll unsere Darstellung den Tatsachen entsprechen. Damit gibt das „Volksblatt" selbst zu, daß zunächst einmal etwas an der Sache sein muß. Zweitens: **Bestreitet vielleicht das „Volksblatt", daß ein Redakteur unter dem Vorwande, er habe viele eilige Arbeiten, den Bericht nicht aufnehmen wollte?**

Durch die weiteren Bemerkungen gibt das „Volksblatt" selbst die Richtigkeit unserer Behauptungen zu.

Weiter: Es ist eine der üblichen „Volksblatt"-Lügen, wenn behauptet wird, es seien keine Zeugen bei dem Vorfall zugegen gewesen. Wir können als Zeugen angeben: 1. Frl. Schneider, Krausenstraße 11; 2. Frau Frey, Böckstraße 6; 3. Frau Müller, Böckstraße 6. Diese Zeugen haben vor den Kasernentor gestürzt, als sie die Mißhandlungen hörten. Aus einem offenen Fenster wurde ihnen von einem Schupomann zugerufen:

„Der kommt nicht wieder raus!"

Selbstverständlich hat man den Zeugen den Eintritt in die Kaserne verwehrt.

Wenn das „Volksblatt" zum Schluß heuchlerisch erklärt: „Wir haben keine Veranlassung, mißhandelnde Polizeibeamte in Schutz zu nehmen, und wir können noch hinzufügen, daß der Leiter der Polizei, Polizeipräsident Runge, ebenfalls aufs energischste gegen mißhandelnde Polizeibeamte vorgehen würde", so ist das ebenfalls eine Lüge. Nunge hat zur Genüge bewiesen, wie er seine Pflichten gegen mißhandelnde Polizeibeamte erfüllt. Uns ist auch nicht bekannt, daß irgendeinmal gegen derartige Beamte eingeschritten wurde. Fast täglich erhalten wir Berichte über Mißhandlungen. Niemand schreitet gegen die Mißhandlungen ein. So geht uns jetzt wieder folgender Bericht zu:

Mißhandlungen über Mißhandlungen durch die Schupo

Dieser Tage ging ein ehemaliger Schupomann, der aus Gründen der politischen „Reinlichkeit" aus der Schupo entlassen worden war, in die Artilleriekaserne, weil er von zwei ehemaligen Berufsgenossen noch Geld zu bekommen hatte. Nachdem er sich ordnungsgemäß angemeldet, betrat er die Kaserne. In ihr trat der ihm sehr gut bekannte Hauptmann Ilas entgegen. J. forderte ihn auf, die Kaserne zu verlassen, da er nicht angemeldet sei und nur in der Kaserne herumspitzeln wolle. Als der ganz ordnungsgemäß angemeldete ehemalige Schupomann auf Ilas' Aufforderung die Kaserne nicht verließ, „bemühten" sich auch noch andere Herren um ihn. Es waren Oberleutnant Drape, Kaiser, Bruschke und Deppe. Sie alle brüllten nur immer wieder: „Rausgehen!" Schließlich wurde er von allen **überfallen und brutal ins Gesicht geschlagen.** Außerdem kamen auch noch andere Schupobeamte dazu, so daß sich

6 bis 7 auf den einen wehrlosen Mann

stürzten, der kein anderes Verbrechen begangen hatte, als so frech zu sein, sich sein Geld holen zu wollen. Dann wurde **der Mißhandelte in den Kasernenhof geschleppt** und dort

in eine Zelle gesperrt.

Das war der Erfolg der Worte des Oberleutnants Drape: **„Der Mann ist besoffen! Schmeißt ihn in eine Zelle!"** Weiter wurde dem Mißhandelten, als er sich an der Türfassung festhielt, um sich gegen weitere Brutalitäten in Hof und Zelle zu schützen, von Kaiser, der sich besonders tapfer zeigte, **mit einem zugeklappten Taschenmesser ins Gesicht und mit einem Seitengewehr auf die Finger geschlagen.**

Der ganze Vorgang spielte sich am letzten Freitag gegen 1 Uhr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241104-14/fragment/page=0005

mittags ab. Zeugen sind vorhanden. Der Mißhandelte hat **Strafantrag wegen Mißhandlung und Freiheitsberaubung gestellt.**

*

Sipo rüstet zum Bürgerkrieg

Um derartige Heldentaten vollbringen zu können, wird bei der Sipo tüchtig exerziert. So wurden z. B. am letzten Donnerstag von der Sipo in der Artilleriekaserne

drei Stunden Straßenkampf geübt.

Die Teilnehmer waren zu einem Teil in Sipouniform, zum **anderen in Zivilkleidung. Es wäre sehr interessant, zu erfahren, wer die Zivilisten waren.** Während der Uebung wurde **aus den Fenstern geschossen.** Am Freitag fanden ebenfalls **im Hof der Artilleriekaserne Maschinengewehrkampf-Uebungen statt. Drei Panzerautos fuhren aus. Bewaffnete Trupps ritten nach Ammendorf zu.**

---

* **Jungs-Spartakus-Bund.** Heute, Dienstag, treffen sich alle Genossen, welche am Mandolinenunterricht teilnehmen wollen, abends 6 Uhr am Wettiner Platz (Museum).

* **Der Arbeiter-Sängerchor Halle** veranstaltet am Bußtag, Mittwoch, den 19. November 1924, nachmittags 4 Uhr, im großen Saal des „Volksparks", Burgstraße, ein Konzert. Als Mitwirkende sind vorgesehen Frl. Anna Maria Kreß vom Stadttheater Halle (Harfe) und Herr Kapellmeister Leo Schönbach (Cello und Klavier). Zum Vortrag gelangen Werke von Rich. Wagner, Schubert, Schumann usw. Das Konzert verspricht einige genußreiche Stunden und kann deshalb jedermann der Besuch des Konzertes bestens empfohlen werden. Da die Plätze bisher schon immer im Vorverkauf ausverkauft worden sind, dürfte es geraten sein, sich die notwendigen Karten schon im Vorverkauf zu sichern. Zu haben bei allen Mitgliedern, sowie in den Zigarrenhandlungen von H. Spengler, Geiststraße 5, und Albert Schuricke, Magdeburger Straße 24.

Der richtige Heilmann

(Schluß.)

Seit einiger Zeit gehört er dem Aufsichtsrat der Hypothekenbank des Barmat-Konzern an!

Vielleicht ist diese Eigenschaft des „ehrlichen revolutionären Kämpfers" der Schlüssel zum Verständnis seiner außerordentlichen Begeisterung für die Dawes-Gesetze. Denn die Verschacherung Deutschlands an Morgan war die Voraussetzung für die 800-Millionen-Kredite, diese Kredite fließen durch die Kassen der deutschen Banken. Die Hypothekenbank des Barmat-Konzerns wird **wahrscheinlich an dem Kreditgeschäft teilnehmen.** Wobei dann die Tantiemen und die Dividenden des Heilmann gewiß nicht sinken werden.

Wenn der „Führer der sozialdemokratischen Fraktion in Preußen" in seiner letzten Rede im Landtag (3. Beratung des Staatshaushalts, 359. Sitzung vom 24. Oktober 1924) sagte,

„wenn wir den Kampf gegen die **Rassiger der Reichen** führen, dann führen wir ihn gleichzeitig gegen die **Rassiger der Hohenzollern**",

so ist das freche Demagogie. Denn Heilmanns Freund, Dr. Südekum, hat bereits im Jahre 1920 der Preußischen Landesversammlung als Finanzminister ein Gesetz vorgelegt, **das den Hohenzollern Dutzende von Staatsgütern, Schlössern und anderen Wertsachen sowie eine Millionenabfindung und eine Millionenrente gewährt.**

Heilmann ließ Hunderte von Millionen aus der Staatskasse nach Amerongen schicken!

Wenn Heilmann in jener Rede endlich ausrief:

„So wollen wir den Wahlkampf führen für den Frieden, für die Freiheit, für die Republik, für die soziale Gerechtigkeit, für den kulturellen Aufstieg der breiten werktätigen Massen",

so ist das der Gipfelpunkt schamloser Heuchelei. Das wird jeder Mensch zugeben, der hierdurch den wirklichen Heilmann und seine preußische Politik der Arbeiterunterdrückung und Arbeiterverelendung, der Begünstigung der Hohenzollern, der Pfaffen und anderer Reaktionäre, sowie der Verhöhnung der revolutionären Arbeiter und ihrer gefangenen Kämpfer kennengelernt hat. Dieser wirkliche Heilmann sieht anders aus, als der, der jetzt in den Versammlungen seine Rattenfängermelodien singt. Diesen großen Demagogen und brutalen Zyniker, diesen Barmat-Aufsichtsrat für die eigene Tasche, diesen Freund von Hindenburg und Gegner der Befreiung der politischen Gefangenen gilt es zu entlarven. **Und damit die erbärmliche Rolle der Sozialdemokratie in der Preußischen Koalition, die ein einziger Verrat an den Interessen des schaffenden Volkes gewesen.**

Am 7. Dezember muß der Heilmann-SPD. die Quittung für diesen Verrat ausgestellt werden durch die

Wahl von Kommunisten!

* **Kommunisten im DMV.** Mittwoch, den 5. November, pünktlich 7½ Uhr im „Volkspark", Rauchzimmer, **wichtige Funktionärsitzung aller kommunistischen Metallarbeiter.** Jeder Betrieb und jede Branche muß vollzählig erscheinen. Ohne Parteiausweis kein Zutritt.

Der Fraktionsvorstand.

* **Eine Handtasche** Sonntag im „Volkspark" liegen geblieben. Bitte abzugeben bei August Engelhardt, Seebener Straße 32 III.

* **Bad Wittekind.** Die städtischen Körperschaften haben beschlossen, daß vom 1. November ab, an 2 Nachmittagen in der Woche, und zwar Dienstags und Donnerstags probeweise Bäder usw. zu verbilligten Preisen abgegeben werden, auch sind die Bäderpreise denen des Stadtbades angeglichen worden. (Siehe Anzeige!)

Rietleben. Vernichtende Niederlage der SPD. Am letzten Mittwoch fand die erste Wahlversammlung statt. Diesmal war es die SPD., die auf Stimmenfang ausging. Aber der Referent, der Redakteur L. M. J. A. Schulz (Halle), ein großer Kommunistenfresser, konnte unter den zahlreich erschienenen Arbeitern mit seinem Jauchetübel, den er über Sowjet-Rußland, die KPD. und die kommunistische Reichstagsfraktion gießen wollte, nicht durchkommen. Eine Wut über den SPD.-Verrat entstand unter den Anwesenden. Energisch wurde L. M. J. A. Schulz zurückgewiesen und öffentlich als Lügner, Kaupel-Schulze u. a. m. bezeichnet. In der Diskussion wurde die SPD. von unseren Genossen ins richtige Licht gestellt. Hageldicht sausten die Schläge des Genossen Jann, der mit seinen längeren Ausführungen die Anwesenden fesselte und die SPD. als das bezeichnete, was sie auf Grund ihrer Politik in den letzten Jahren geworden ist: als eine bürgerliche Partei. Stürmischen Beifall erntete er, als er feststellte, daß die Arbeiterschaft zu Millionen am 7. Dezember für die KPD. demonstrieren wird trotz der Justizurteile und aller Verfolgungen. Darauf wollte der Versammlungsleiter die Diskussion abwürgen. Trotz mehrerer Wortmeldungen erhielt Schulz das Schlußwort. **Ueber 200 Arbeiter verließen mit dem Gesang der „Internationale" den Saal.** Eine Gruppe Schwarz-Rot-Mostrich-Leute kam aus Halle als Saalschutz, konnte aber nicht in Tätigkeit treten und hörte das Schlußwort allein an. Was wird wohl der Ethiker L. M. J. A. Schulz noch für Blödsinn heruntergeleiert haben? Die so oft totgesagte KPD. lebt und wird der SPD. in allen Versammlungen mit gleicher Münze zahlen.

Diemitz. Deutschnationale Wahlversammlung. Am Dienstag, dem 28. Oktober, fand in Diemitz die erste Wahlversammlung zur Reichs- und Landtagswahl statt. Die Deutschnationalen eröffneten als erste den Kampf um die Ministersessel. Anwesend waren zu dieser Versammlung 45 deutsche Männer, der, diese gehörten in die verschiedensten Parteien, so daß als Anhänger der Deutschnationalen Partei ganze 25 Männekens in Betracht kamen. Als Redner war ein junger Mann mit elf Semestern erschienen. Dieser verzapfte unter dem Thema: „Deutschland muß frei werden" einen so ungeheuren Blödsinn, daß die Zuhörer gar keinen klaren Gedanken fassen konnten. Bei dieser Stammelei kam natürlich die SPD. nicht billig davon. Leider war aber von den SPD.-Helden niemand anwesend. Die Rederei des Redners war ein so großer Unfug und ein solches Durcheinander, daß es jedem Anwesenden übel werden konnte. Nach kurzer Pause sprach als erster und einziger Diskussionsredner Genosse Gärtner. Er brandmarkte das Teutschtum dieser Gesellschaft, daß ihnen Hören und Sehen verging. Ferner stellte Genosse G. fest, daß die Menschen nicht erst beim Herrn Rektor anfangen, sondern schon das Menschen sind, aus deren Arbeit sein Gehalt bezogen wird. Arbeiter von Diemitz, Ihr seht aus dieser Versammlung, wie frech diese Gesellschaft sich aufspielt. Sorgt bei den kommenden Wahlversammlungen, daß diesem Heuchlergesindel heimgeleuchtet wird, sorgt dafür, daß diese Gesellschaft am 7. Dezember keine Stimme erhält. Arbeiter und Arbeiterinnen! Sorgt dafür, daß jede Arbeiterstimme am 7. Dezember der Kommunistischen Partei zukommt, die als einzige Arbeiterpartei für Arbeiter nur in Betracht kommt.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistische Jugend, Halle. Heute pünktlich 7 Uhr gemeinsame Sitzung der BV. und des Ortsvorstandes von Halle. Erscheinen aller unbedingt erforderlich.

Bezirksleitung der Kommunistischen Jugend Halle-Merseburg.

Kommunistische Jugend

Heute, Dienstag, abend um 7 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft (Jugendbureau): **Vorstandssitzung; abends um ½8 Uhr** in der Turnhalle der Weingärtenschule:

Spieler und Turner.

Mitgliedskarte ist als Ausweis mitzubringen.

In Rietleben findet morgen, Mittwoch, abend 7½ Uhr im Gasthof „Zur Sonne" eine

Große öffentliche Jugendversammlung

statt. Thema:

2000 junge Kommunisten hinter Kerkermauern

Alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, alle Sportgenossen müssen durch ihr Erscheinen zeigen, daß sie gewillt sind, bis zum letzten für die Freilassung dieser Vorkämpfer des Jungproletariats zu kämpfen.

Aus der Provinz

Amnestie-Aufgebot!

Arbeiter, Genossen! Diese Woche führt **die Kommunistische Partei das bereits angekündigte Amnestie-Aufgebot durch! Der Zweck ist, für die eingekerkerten 7000 proletarischen politischen Gefangenen 70 000 neue Mitglieder zu gewinnen und der kommunistischen Presse neue Leser zuzuführen. Für jeden Verhafteten müssen zehn neue Parteimitglieder gewonnen werden.** Alle Ortsgruppen müssen die größten Anstrengungen machen, um alle Kommunisten zur Lösung dieser Aufgaben heranzuziehen, um bei dieser praktischen Arbeit das große Erziehungswert zu leisten, das uns der Bolschewisierung der Partei näherbringt.

Mobilisiert die Partei!

Jede Parteileitung, jeder Kommunist, jede Zelle! Heran ans Werk! Als revolutionäre Partei haben wir uns das Ziel gesetzt, den Kapitalismus zu stürzen — die ganze Welt umzukrempeln. Die Voraussetzung aber ist die Gewinnung der breiten Massen, mit denen wir nur im gemeinsamen Kampf dieses Ziel erreichen können. Die Mobilisierung der Partei, die Durchführung des Amnestie-Aufgebots und die Mobilisierung der Massen für die kommende Wahl, das müssen die Vorbereitungen zu dem größeren Kampfe um die Befreiung der Arbeiterklasse sein.

Jeder Kommunist, jede Kommunistin an die Front!

Der Stahlhelmrummel in Schkeuditz

Behördlich genehmigter Umzug — Faszistische Ueberfälle

Der „große" Stahlhelmrummel am Sonntag in Schkeuditz war gewissermaßen ein Schlag ins Wasser. Die angekündigten „Massen" waren ausgeblieben. 3000 Mann sollten kommen, **ganze 800 Mann (genau 818) waren am Festzug beteiligt,** einschließlich der Schützen- und Kriegervereine sowie der Musiker. Die Bevölkerung verhielt sich ziemlich teilnahmslos gegenüber dem Klamauk.

Der sozialdemokratische Regierungspräsident Dr. Grützner, der die Umzüge der Roten Frontkämpfer in Halle verboten hatte, hat den Stahlhelmumzug in Schkeuditz genehmigt! Ja, man hatte zum Schutze der Veranstaltung aus dem ganzen Kreise die Landjäger zusammengezogen. Niemand schritt ein bei den Verkehrsstörungen, der Fahrverkehr wurde sogar umgeleitet, damit der Rummel nicht gestört wurde.

Arbeiter, was sagt Ihr dazu? So wird in unserer „herrlichen" Republik mit zweierlei Maß gemessen! **Sozialdemokraten sind es, die Arbeiter-Veranstaltungen verbieten und faszistische Aufzüge gestatten!** Denkt daran am 7. Dezember!

Der Rummel in Schkeuditz ging natürlich nicht ab ohne Provokationen und feige Ueberfälle. **Als die Faszisten sich den nötigen Mut angesoffen hatten, überfielen sie ohne jeden Grund friedliche Passanten;** ganze Ueberfallkommandos wurden losgelassen. Als Empörung darüber entstand und auf dem Markt sich Menschen ansammelten, wurde der **Markt einfach geräumt.** Die Stahlhelmer konnten dort bleiben! Die Polizei hat sich überhaupt recht skandalös benommen; sie zeigte bei jeder Gelegenheit, daß sie **auf seiten der Faszisten steht. Einer Frau wurde mit Waffengewalt gedroht, weil sie sich mit ihrem Kinde nicht schnell genug entfernen konnte.**

Die Arbeiterschaft hat am Sonntag erkennen müssen, daß es so nicht weitergehen kann. **Mit dem faszistischen Spuk muß aufgeräumt werden!** Der revolutionäre Teil der Arbeiterschaft in Schkeuditz hat bereits erkannt, was zu tun ist; er hat sich am letzten Freitag im **Roten Frontkämpfer-Bund** zusammengeschlossen. **Alle Arbeiter, die am Sonntag der Ueberzeugung geworden sind, daß nur die Selbsthilfe der Arbeiterschaft Besserung schaffen und daß auch Schwarz-Rot-Gold nicht in Betracht kommen kann, müssen sich unverzüglich den Roten Frontkämpfern anschließen!** Auf, Arbeitsgenossen, werdet Mitglieder des **Roten Frontkämpfer-Bundes!**

*

Wie uns aus Cursdorf bei Schkeuditz gemeldet wird, sind dort etwa dreißig Wehrwölfe auf dem Nachhausewege abends in einen Gutshof eingedrungen und haben einen gänzlich unbeteiligten Landarbeiter schwer mißhandelt. Mit Gummiknüppeln und Stöcken schlugen sie unbarmherzig auf ihn ein, der absolut nichts getan hatte. Ein anderer Arbeiter hatte lediglich „Haut ihn!" gerufen. Führer der durch den Ort ziehenden Bande war der Gutsbesitzer Rissel aus Freiroda. Auch zwei jugendliche Arbeiter haben Schläge erhalten. Arbeiter, schließt Euch zusammen zur Gegenwehr!

Schafft Winterhilfe!

Das Bezirkskomitee der „Roten Hilfe" hat sich das Ziel gesteckt, **die Familien der Gefangenen mit Winterkartoffeln zu versorgen.** Bis jetzt haben die Freunde der „Roten Hilfe" in Bruckdorf, Schkeuditz, Wehlitz, Reideburg, Diemitz, Freiroda und Wallhausen insgesamt **110 Zentner Kartoffeln gesammelt.** 16 Familien konnten damit beliefert werden. **Noch zirka 60 Familien müssen Kartoffeln erhalten.** Die „Rote Hilfe" bedarf dazu noch zirka **300 Zentner.** Wenn alle Ortskomitees

---

Der Rote Stern

18

Ein utopischer Roman von A. Bogdanow

Aus dem Russischen übersetzt von H. zur Mühlen

(Nachdruck verboten.)

Weder Dunst, noch Ruß, noch Gestank, noch Staub. In der reinen frischen Luft arbeiteten die Maschinen kraftvoll und gleichmäßig, das Licht war nicht schmerzlich grell, doch drang es überall hin. Die Maschinen schnitten, sägten, hobelten ungeheure Eisenstücke, Aluminium, Nickel, Kupfer. Hebel, stählernen Riesenhänden ähnlich, bewegten sich gleichmäßig und glatt, große Plattformen glitten mit sorglältig berechneter Genauigkeit hin und her; die Räder und Transmissionen schienen hingegen unbeweglich. Hier herrschte nicht die rohe Gewalt des Feuers und Dampfes, die seine und dabei weit mächtigere Kraft der Elektrizität war die Seele dieses unheimlichen Mechanismus.

Sogar der Lärm der Maschinen schien, sobald man sich ein wenig daran gewöhnt hatte, schier melodisch, ausgenommen in jenen Augenblicken, da der gewaltige Hammer niederschlug, und von dem mächtigen Schlag alles ringsum erbebte.

Hunderte von Arbeitern schritten gelassen durch den Raum; in dem Meeresrauschen der Maschinen waren ihre Schritte und Stimmen nicht vernehmbar. Auf ihren Zügen lag keine angespannte Sorge, sondern bloß ruhige Aufmerksamkeit; sie glichen wißbegierigen, gelehrsamen Betrachtern; es interessierte sie nur, zu sehen, wie die ungeheuren Metallstücke auf den unter der durchsichtigen Kuppel gelegenen Schienenplattformen in die eiserne Umarmung der dunklen Ungeheuer stürzten, wie die Ungeheuer diese mit ihren starken Kinnbacken zermalmten, mit den schweren, harten Tatzen festhielten, mit den scharfen, glänzenden Krallen durchbohrten und schließlich, im grausamen Spiel innehaltend, sie auf die andere Seite zu den dort befindlichen elektrischen Eisenbahnwaggons beförderten, als prächtige Maschinenteile, deren Bestimmung räthselhaft war. Es erschien völlig natürlich, daß die stählernen Ungeheuer die kleinen großäugigen Betrachter nicht anrührten, die so vertrauensvoll zwischen ihnen dahinschritten. Diese Tatsache entsprang der Geringschätzung ihrer Schwäche, der Erkenntnis, daß diese kleinen Geschöpfe eine allzu unbedeutende Beute seien, unwürdig der ungeheuren Kraft der Giganten. Unbemerkbar und unsichtbar waren jene Fäden, die das zarte Menschenhirn mit dem unzerstörbaren Organ des Mechanismus verbanden.

Als wir endlich den Bau verließen, fragte der uns führende Techniker, ob wir sofort die anderen Gebäude besichtigen, oder ob wir uns zur Erholung eine kleine Unterbrechung gönnen wollten? Ich war für eine Unterbrechung.

„Ich sah nun die Maschinen und die Arbeiter," sprach ich. „Die Organisation der Arbeit jedoch vermag ich mir nicht im geringsten vorzustellen. Und gerade darüber möchte ich Sie befragen."

Statt einer Antwort führte uns der Techniker in einen kubisch gebauten, zwischen dem Mittel- und einem Eckgebäude gelegenen Bau. Achnlicher Bauten gab es noch drei, die alle die analoge Lage hatten. Die schwarzen Mauern waren mit Reihen von glänzend weißen Zeichen bedeckt; dies waren die statistischen Arbeitstabellen. Auf der einen, mit Nummer eins bezeichneten, stand:

„Der Maschinenbetrieb verfügt über einen Überschuß von 968757 täglichen Arbeitsstunden, davon 11 325 Arbeitsstunden erfahrner Spezialisten.

Die Fabrik weist einen Überschuß von 37 500 Stunden auf, davon 29 Stunden erfahrener Spezialisten.

In den folgenden Zweigen herrscht kein Mangel an Arbeitskraft: in der Landwirtschaft, in den Bergwerken, bei den Erdarbeiten, in den chemischen Betrieben usw. (Die verschiedenen Arbeitszweige wurden in alphabetischer Reihenfolge aufgezählt.)

Auf der Tabelle, die die Nummer zwei trug, war zu lesen:

„In den Konfektionsbetrieben ist ein Mangel von 392685 täglichen Arbeitsstunden, davon 21380 Arbeitsstunden erfahrener Mechaniker für Spezialmaschinen und 7852 Arbeitsstunden der Spezialisten für Organisation."

„Die Schuhfabriken benötigen 79 360 Arbeitsstunden, davon . . ." usw.

„Das Institut für Rechnungswesen benötigt 3078 Arbeitsstunden . . ."

Der Inhalt der Tabellen Nummer drei und vier war ein ähnlicher. Auf den Listen der Arbeitszweige stand auch die Erziehung von kleinen, sowie von mittelgroßen Kindern, medizinische Hilfe für die Stadt, oder für Landbezirke usw.

„Weshalb ist der Ueberschuß an Arbeitskraft nur in der Maschinenfabrik so genau angegeben, der Mangel an Arbeitskräften jedoch überall so ausführlich vermerkt?" fragte ich.

„Das ist leicht zu erklären", entgegnete Menni. „Vermittels dieser Tabellen wird die Verteilung der Arbeit vorgenommen. Dazu ist nötig, daß ein jeder zu sehen vermöge, wo die Arbeitskräfte nicht ausreichen, in welchem Maße sie fehlen. Dann vermag der Mensch, der für zwei Beschäftigungen die gleiche oder verhältnismäßig gleiche Neigung besitzt, jene der beiden Beschäftigungen zu wählen, bei der es an Arbeitskraft gebricht. Den genauen Ueberschuß an Arbeitskraft zu kennen, ist jedoch nur dort vonnöten, wo dieser Ueberschuß besteht. Auf diese Art kann jeder Arbeiter selbst die Berechnung und das Maß des Ueberschusses feststellen, sowie seine Neigung, die Beschäftigung zu wechseln."

Während wir so sprachen, bemerkte ich plötzlich, daß auf den Tabellen einige Zahlen verschwanden und durch andere, neue, ersetzt wurden. Ich fragte, was dies bedeute.

„Die Zahlen ändern sich fündlich", erklärte Menni. „Im Verlauf einer Stunde melden einige tausend Arbeiter ihren Wunsch, zu einer anderen Arbeit überzugehen. Dies wird vom zentralen statistischen Apparat vermerkt, und die Mitteilung wird auf elektrischem Wege stündlich überallhin weitergeleitet."

„Auf welche Art vermag der zentrale statistische Apparat die Zahlen des Ueberschusses und des Mangels festzustellen?"

„Unser Institut für Rechnungswesen besitzt überall seine Agenturen; diese verfolgen genau die Bewegung in der Produktion, die Warenmengen der einzelnen Betriebe, die Zahl der dort schaffenden Arbeiter. Auf diesem Weg wird genau ersichtlich, wieviel Arbeitsstunden erforderlich sind. Das Institut berechnet, welcher Unterschied zwischen den tatsächlichen und den erforderlichen Arbeitsstunden in den einzelnen Betrieben besteht, und gibt dies überall bekannt. Die Flut der Freiwilligen verteilt sich auf gleichmäßige Art."

„Ist das Anrecht auf Produkte in keiner Weise eingeschränkt?"

„Nein; jeder nimmt das, was er braucht, nimmt soviel, wie er will."

„Und wird niemals etwas unserem Gelde entsprechendes verlangt? Ein Beweis für die Menge der geleisteten Arbeit, oder der Verpflichtung, diese zu leisten?"

„Keineswegs. Bei uns ist die Arbeit frei, es herrscht an nichts Mangel. Der erwachsene soziale Mensch fordert nur eines: Arbeit. Wir brauchen ihn weder auf verhüllte noch auf offene Art zur Arbeit zu zwingen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241104-14/fragment/page=0006

der „Roten Hilfe" ihre Pflicht tun, wird es sicherlich in einigen Tagen möglich sein, die Kartoffelbelieferung restlos durchzuführen zu können. Die Belieferung ist deshalb äußerst dringend, weil schon in den nächsten Wochen Frost eintreten kann, der jeden Kartoffeltransport unmöglich macht.

Ueber die Notwendigkeit der Lebensmittellieferung brauchen wir nichts zu sagen. Wir sind das den gefangenen und erschlagenen Proletariern schuldig, und wie groß die Freude der belieferten Frauen ist, ergibt sich wieder aus folgendem Brief, der dem Bezirkskomitee zugegangen ist:

„Nietleben, den 28. Oktober 1924.

Werte Genossen!

Mit vielen Freuden erhielt ich vor einigen Tagen die Nachricht, daß wieder so hilfreiche Hände für mich und meine Kinder so reichlich gesorgt haben, indem Sie mir die Nachricht zukommen ließen, daß neun Zentner Kartoffeln für mich bereit ständen. Wie soll ich meinen lieben Genossen und Genossinnen dieses danken. So oft schon haben Sie an mich und meine armen sechs Kinder gedacht und mich nicht vergessen, wo die Not noch größer bei mir war. Dies alles müßte mein lieber, guter, gefallener Mann wissen, wie reichlich seine treuen Genossen für mich sorgen. Er würde sicher nicht scheuen, den Kampf mit seinen Feinden nochmal wieder aufzunehmen. Nun danke ich der „Roten Hilfe" für alle ihre Unterstützungen recht herzlich und hoffe, mich auch ferner nicht zu vergessen.

Mit kommunistischen Grüßen verbleibe ich nebst meinen Kindern Ihre treue Genossin Witwe Agnes G."

Freunde der „Roten Hilfe", ans Werk, zeigt, daß Ihr die Gefangenen und deren Familien nicht vergessen habt!

Aus der Siedlerbewegung

„Treichel geht um!"

Zu dem unter dieser Spitzmarke gebrachten Artikel über die Vorgänge innerhalb der Bausiedlerbewegung im Bezirk Halle-Merseburg erhielten wir unterm 27. Oktober einen Brief des Herrn F. Treichel, den wir der Originellität halber unsern Lesern in seiner ganzen „Schönheit" bekanntmachen wollen. Der Brief lautet:

„Im „Klassenkampf" vom 25. Oktober befindet sich in der Beilage ein Artikel „Achtung, Bausiedler". Die ganze Aufmachung ist von A bis Z erlogen. Ich ersuche die Abhandlung zu widerrufen oder mir den Gewährsmann zu nennen, da ich sofort klagbar vorgehen werde."

Der Brief an sich bedeutet eine Frechheit, wie sie eben nur bei gewissen Leuten zu suchen ist. Herr Treichel glaubt, mit der Behauptung, daß der Inhalt des Artikels von A bis Z erlogen wäre, die Angelegenheit berichtigen zu können. Nach unseren Informationen ist jedoch in dem erwähnten Artikel nicht zuviel gesagt, sondern die darin geschilderten Umstände treffen vollinhaltlich zu. **Wir warnen, auf die Lockungen des Herrn Treichel hereinzufallen.**

Merseburg-Querfurt

Mücheln. Parteiversammlung. Donnerstag, den 6. November, abends ½8 Uhr, im Gehüfte (Gewerkschaftshaus) wichtige Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Dürrenberg. Parteiversammlung. Mittwoch, den 5. November, findet bei Mennicke eine sehr wichtige Mitgliederversammlung statt. Die Wahlarbeiten müssen organisiert werden, es gilt, intensive Kleinarbeit zu leisten. Jeder einzelne Genosse muß ein Agitator sein, um so mehr, da unsere besten Führer verfolgt werden, um in der Wahlagitation verhindert zu sein. Deshalb heraus, Genossen, aus der Passivität, jeder Mann muß zur Stelle sein. Auch alle mit uns sympathisierenden Arbeiter, sowie die „Klassenkampf"-Leser können teilnehmen. Jeder Zehnerschaftskassierer ist verpflichtet, seine Mitglieder zum Erscheinen zu veranlassen.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Erwerbslosenfragen im Naumburger Stadtparlament

Die SPD. gegen die Arbeitslosen und gegen Herabsetzung der Mietspreise.

Auf der Tagesordnung der letzten Stadtverordnetensitzung standen zunächst recht harmlose Anträge und es hatte den Anschein, als wenn die Sitzung in einer Stunde wieder geschlossen werden würde. Es kam aber anders. Unter Mitteilungen war u. a. ein **Antrag des Verbandes der Kriegervereine, das Kriegerdenkmal zu vergrößern** und auf einen anderen Platz zu setzen. Der Antrag wurde abgesetzt und in die Kommissionen verwiesen. Ein weiterer Antrag der Hausbesitzergruppe, daß an Stadträte und Stadtverordnete keine städtischen Arbeiten vergeben werden dürften, wurde vertagt. Dasselbe geschah mit einem Antrag derselben Gruppe wie folgt: „Wie stellt sich die Leitung des Rats-Weingeschäfts zum Preissturz im Weinhandel?" Voraussichtlich wird es bei dieser Debatte sehr nette Enthüllungen geben.

Die **kommunistische Fraktion** hatte einen **Dringlichkeitsantrag** eingereicht, in dem für die Erwerbslosen folgendes gefordert wird: **Einmalige Beihilfe von 30 Mk., Gewährung von Kohle, Kartoffeln, Milchmarken für Kinder, verbilligtes Brot usw.**

Es wurde die Dringlichkeitsfrage gestellt. Zur Begründung nahm Genosse Neubert das Wort und führte folgendes aus: Die Erwerbslosen haben vor ungefähr acht Tagen einen Antrag mit obigen Forderungen an den Magistrat und Stadtverordnetenvorsteher abgeschickt. Trotzdem er rechtzeitig abgegangen ist, steht dieser Antrag nicht auf der Tagesordnung! Warum ist das nicht geschehen? Aus diesen Gründen haben wir uns diesen Antrag zu eigen gemacht und ersuchen, die Dringlichkeit zu beschließen.

Bei der Abstimmung wurde die Dringlichkeit beschlossen.

Zur Begründung des Antrages erhielt Genosse Neubert das Wort. Unter anderem führte er aus, daß dieser Antrag durch die Not der Erwerbslosen selbst begründet sei. Was ist mit den vor mehreren Wochen bewilligten 4000 Mk. geschehen? Wie weit ist dieses Geld verbraucht? Haben die Ausgesteuerten etwas erhalten?

Der Dezernent, **SPD.-Stadtrat Teichmann,** erklärte hierzu, die Unterstützungssätze wären staatlich geregelt und könnten nicht erhöht werden. Dann meinte dieser „Arbeitervertreter", es müsse in Unterstützungsfällen immer erst die Bedürftigkeit geprüft werden, auch **ob der Erwerbslose aus längerer oder kürzerer Arbeit käme!!**

Unsere Genossen Koch und Neubert gaben dem Herrn Teichmann die gebührende Antwort. Von einer Erhöhung der Unterstützungssätze sei im Antrag keine Rede; Teichmann wolle wohl Ablenkungsmanöver betreiben. **Glaubt dieser Mann auch, daß im Produktionsprozeß stehende Arbeiter bei den jetzigen Hungerlöhnen noch Rücklagen machen können?** Herr Teichmann ist anscheinend noch nie erwerbslos gewesen, sonst würde er nicht so dumm daherreden. Anscheinend hat er auch recht hohe Einkünfte! Es sei ein Skandal, daß die bereits bewilligten 4000 Mk. trotz der großen Not der Arbeitslosen zurückgehalten würden.

Herr Teichmann erklärte einfach, es seien keine Anträge auf Unterstützung gestellt worden.

Der Debatteschluß hinderte unsere Genossen, ihm auch hierzu das Nötige zu antworten. Die Arbeitslosen sollen wohl bei Herrn Teichmann kniefällig um Unterstützung bitten? Hoffentlich gehen den Arbeitern die Augen auf über die „Arbeitervertreter" der SPD.! **Am 7. Dezember ist Gelegenheit, mit dieser Partei gründlich abzurechnen!**

Es wurde beschlossen, den Antrag dem Magistrat „zu beschleunigtem Wohlwollen" zu überweisen.

Bemerkenswert ist, daß die „Naumburger Tante" von **„Wieder die Erwerbslosennot!"** faselt und unsere Redner mit Kommunisten, **alle anderen aber, auch die SPD.,** mit Stadtverordneten bezeichnet. Von diesen Leuten ist nicht mehr zu verlangen!

Eine Vorlage des Magistrats fordert **Bereitstellung von 50 000 Mark zur Gewährung von Darlehn an bedürftige Hausbesitzer zwecks Instandsetzung der Häuser, die wegen Baufälligkeit geräumt werden müssen.** Die Darlehn sollen gegen 6 Prozent Zinsen und 1 Prozent Tilgung gegen Sicherheit gewährt werden. Die Vorlage wurde mit Mehrheit angenommen.

Die Mieter in der alten Jägerkaserne, welche als **„Notwohner"** dortselbst untergebracht sind, beschweren sich über die teuren Mieten (40 Taler für einen einzigen Raum); außerdem müßten ganze Familien in einem Raum hausen.

Diese Beschwerde löste eine längere Debatte aus. Von den Hausbesitzern wurde die Tätigkeit des Baurats Hoßfeld kritisiert, wobei dieser ziemlich schlecht wegkam. Von unserer Fraktion sprach Genosse Neubert. Er betonte, es sei ein Skandal, daß der Magistrat für einen lumpigen Raum 40 Taler Miete nehme, zumal nur Proleten in Frage kämen. Der Oberbürgermeister Dietrich erklärte, daß das Mieteinigungsamt angerufen sei zwecks Festsetzung der Mieten.

Es wurde ein Antrag eingereicht, 7500 Mk. zu bewilligen, um die Teilung der Räume (Gipswände) vorzunehmen, außerdem die Mieten um die Hälfte zurückzusetzen. Der erstere Teil des Antrags wurde einstimmig angenommen, der letztere gegen die Stimmen unserer Fraktion abgelehnt.

Wir stellen fest, damit die SPD. nicht wieder „grunzt", wir schrieben nicht objektiv, daß **die Sozialdemokraten Grunert, Teichmann, Manthey und Blüthgen gegen die Herabsetzung der Miete gestimmt haben.** Merkt das Euch, Arbeiter und Bewohner der Kasernen, wählt am 7. Dezember nur Kommunisten, die Eure Interessen rücksichtslos vertreten.

Eine Anfrage unserer Fraktion, in welcher **Aufschluß über die Vorgänge in der städtischen Hauptkasse** verlangt wird, wurde in die geheime Sitzung verlegt! Da in nächster Zeit Gerichtsverhandlung über den Fall stattfindet, werden wir ausführlich darauf eingehen.

Wahlen stehen bevor!

Die KPD. führt einen scharfen Kampf gegen alle Feinde des Proletariats!

Arbeiter, unterstützt diesen Kampf!

Schafft Wahlpulver herbei!

Tagewerben, Reichardtswerben, Posendorf. Am Freitag, dem 7. November, abends 8 Uhr, findet im Lokal „Eichbaum" in Tagewerben eine öffentliche Versammlung der schaffenden Landwirte und Kleingrundbesitzer statt. Thema: Die KPD. und die Bauernfrage und die in den Parlamenten in dieser Beziehung gestellten Anträge. Wir bitten die Genossen, für die Versammlung gut zu agitieren.

Naumburg. Achtung, Volkschor! Da der Dirigent am Mittwoch verhindert ist, fällt die Singestunde diesmal aus. Dieselbe findet Freitag, den 7. November, statt.

Zeitz. Genosse Kurt Rose tot. Einer unserer Besten ist dahin! Eine schwere Lungenentzündung hat ihn aufs Krankenlager geworfen und seinen Tod verursacht. Zu früh! Wir bedauern sein Hinscheiden sehr, denn er hat seinen Mann in dieser bewegten Zeit immer gestanden. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird ihn stets in treuem Andenken behalten!

Bitterfeld-Delitzsch

An alle Ortsgruppen im Kreise Bitterfeld!

Am Sonntag, dem 9. November, vormittags 10 Uhr, findet in Bitterfeld („Bürgergarten") eine

Kreisfunktionärkonferenz

statt. **Zu dieser Konferenz müssen sämtliche Arbeitsgebiets- und Ortsgruppenleiter und deren Stellvertreter, alle Ortsgruppenkassierer, Zellenvorsitzende und Bezirksobleute erscheinen.** Alle übrigen Funktionäre, welche Interesse an der Konferenz haben, können teilnehmen. Die Arbeitsgebiets- und Ortsgruppenleiter müssen über den Stand der Organisation einen kurzen Bericht geben. **Wir machen jedem Genossen zur Pflicht, unbedingt zu erscheinen; das Fehlen einer Ortsgruppenvertretung kann nur als Faulheit bezeichnet werden.**

Die Kreisleitung der KPD. des Kreises Bitterfeld.

Delitzsch. Volksküche. Das Kreiswohlfahrtsamt macht bekannt: Diejenigen Unterstützungsempfänger der Stadt Delitzsch, die an den Speisungen der Volksküche teilzunehmen gedenken, wollen sich am Mittwoch, dem 5. November, vormittags von 9 bis 12 Uhr im Kreisständehaus, Zimmer 3, melden. Die Ausgabe der Speisemarken erfolgt am Sonnabend, dem 8. November, vormittags von 9 bis 12 Uhr, im obengenannten Zimmer. Für jede Person wird täglich, außer Sonntags, ein Liter Essen zum Preise von 10 Pf. in der Volksküche (Präparandenanstalt, Elisabethstr. 15) ausgegeben.

Wittenberg-Schweinitz

Arbeitsgebiets-Funktionärkonferenzen für den Kreis Wittenberg

Zur Vorbereitung der Wahlarbeiten finden in der Woche vom 4. bis 9. November in allen Arbeitsgebieten große

Arbeitsgebiets-Funktionärkonferenzen

wie folgt statt:

Arbeitsgebiet Schmiedeberg am Mittwoch, dem 5. November, abends 8 Uhr, in Schmiedeberg im „Schützenhaus".

Arbeitsgebiet Piesteritz am Donnerstag, dem 6. November, abends 8 Uhr, in Kleinwittenberg im „Schützenhaus".

Arbeitsgebiet Zahna am Freitag, dem 7. November, abends 8 Uhr, in Zahna im „Thüringer Hof".

Arbeitsgebiet Pratau am Sonnabend, dem 8. November, abends 8 Uhr, in Pratau im Gasthof Gödicke.

Alle Ortsgruppenfunktionäre müssen unbedingt zu diesen Arbeitsgebietskonferenzen erscheinen, da sie von außerordentlicher Bedeutung für die Ortsgruppen sind.

Die Kreiswahlleitung der KPD. Wittenberg.

Wittenberg. Kino-Notiz. Von Dienstag bis Donnerstag geben sich in den Casino-Lichtspielen die größten amerikanischen Groteskdarsteller „Fatty, Fix und Fax und Buster Keaton ein Stelldichein. Wer einmal zwei Stunden gründlich lachen will, versäume nicht, dieses Programm anzusehen. — Das Lichtspiel-Theater bringt für Dienstag bis Donnerstag eine Groteske mit „Jimmy im Seebad". Der Filmschauspieler Reinhold Schünzel bringt mit Liane Haid, Paul Hartmann ein großes Bild in Eisen mit einer ganz eigenartigen Handlung.

Bockwitz

Sonnabend, den 8. November, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des „Volkshauses"

Revolutionsfeier

Genossen, Arbeiter, erscheint vollzählig mit Euren Angehörigen!

Torgau-Liebenwerda

Protestversammlung in Hohenleipisch gegen die Verurteilung der Hebamme Engelmann

Am Donnerstag, dem 30. Oktober, fand in Hohenleipisch eine Protestversammlung gegen die Verurteilung der Hebamme Engelmann statt. Die Genossin, frühere Reichstagsabgeordnete **Krüger,** konnte leider nicht erscheinen. An deren Stelle hatte das Referat die Genossin Schumann (Halle) übernommen. Sie schilderte die Not des werktätigen Volkes in der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung und brandmarkte die Schandparagraphen 218 und 219 auf Grund deren die Hebamme zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt worden ist. Die vierhundert Personen männlichen und weiblichen Geschlechts erhoben gegen das Urteil schärfsten Protest. Das kommt in folgender Resolution, die während der Versammlung eingelaufen ist und einstimmige Annahme fand, zum Ausdruck, die an den Justizminister und an den Kreistag Liebenwerda gesandt werden soll:

„Die von 400 Personen besuchte Protestversammlung verurteilt aufs schärfste das Urteil gegen die Hebamme Engelmann, das von dem Schwurgericht Torgau gefällt worden ist. Die Anwesenden geben hiermit kund, daß die bürgerliche Gesellschaftsklasse kein Recht hat, die Abtreibungsparagraphen zur Anwendung zu bringen, solange der Staat nicht für die Kinder der werktätigen Bevölkerung sorgt. Die Anwesenden wissen, daß heute Tausende von Kindern an Unterernährung zugrunde gehen. Darum protestieren sie und verlangen, daß die Frauen, die wegen der Abtreibungsparagraphen 218 und 219 verurteilt worden sind, amnestiert werden und die noch schwebenden Verfahren niedergeschlagen werden.

Die Genossin Schumann schilderte dann noch die Auswirkung des Sachverständigengutachtens auf die Arbeiterklasse und den Verrat der Parteien von den Deutschnationalen bis zur SPD., die diese Schandgesetze angenommen und somit Deutschland zur Kolonie gemacht haben, den Kampf der Kommunisten gegen diese Schandgesetze, und ermahnte die Anwesenden, der einzigen Arbeiterpartei die Stimme bei der Reichstags- und Landtagswahl am 7. Dezember zu geben, die nichts verspricht, aber rücksichtslos die Interessen der schaffenden Volkskreise vertritt und die den Kampf führt gegen die heutige kapitalistische Klasse für die Macht der Werktätigen. Das ist die Kommunistische Partei!

Lichtenburg. Aus der Partei. Die am 26. Oktober stattgefundene Mitgliederversammlung war sehr gut besucht. Auf der Tagesordnung stand die Gewerkschaftsfrage. Die Ortsgruppe war sich darüber einig, daß sie die Beschlüsse der Partei anerkennt. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die am 26. Oktober tagende Mitgliederversammlung stellt sich hinter die Beschlüsse des Zentralausschusses und gelobt, in den Gewerkschaften im revolutionären Sinne zu arbeiten." — Am Sonntag, dem 2. November, vormittags 10 Uhr, findet eine Kreiskonferenz statt. Jeder Funktionär wird verpflichtet, zu erscheinen.

Elsterwerda. Zeichen der Zeit! Das schon seit langer Zeit stillgelegte Sägewerk Dietrich u. Klotzsche wurde jetzt wieder in Betrieb genommen. Die Firma begnügte sich nicht nur damit, daß sie vom Arbeitsnachweis Arbeiter anforderte, sondern ließ auch noch ein Inserat im „Liebenwerdaer Kreisblatt" los. Sollte dies etwa eine Verhöhnung der Arbeiter sein? Es gibt doch schon am Orte übergenug Arbeitslose! Der Erfolg war denn auch demgemäß. Es hatten sich am Meldetage etwa 150 Arbeitslose eingefunden, wovon aber nur **acht eingestellt** wurden, nachdem sie sich vorher einem peinlichen Verhör unterziehen mußten. Mancher Arbeitslose mußte wieder einmal abziehen und sich sagen: Gewogen und zu leicht befunden!

Aus der Jugendbewegung

Merseburg. Kommunistische Jugend. **Am Mittwoch, dem 5. November,** abends 8 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung statt. Alle Jugendgenossen treffen sich ½8 Uhr an der Neumarktbrücke. — Donnerstag abend 8 Uhr Bühnenprobe zur Revolutionsfeier. Alle gesammelten Militärsachen sind mitzubringen, ebenso die Tornister.

Wolferode. Kommunistische Jugend. **Mittwoch, den 5. November,** findet im bekannten Lokale eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Referent zur Stelle.

Weißenfels. Jung-Spartakus-Bund. Mittwoch, den 5. November, abends 7 Uhr, wichtige Helfersitzung bei der Genossin Bittel. Jeder muß pünktlich da sein.
Die Leitung.

Arbeiter-Sport

HFC. Minerva. Spiele vom Sonntag: 1. gegen Gröbers 1. 1 : 2 wegen Dunkelheit abgebrochen. 2. gegen Gröbers 2. 5 : 1. 3. gegen Teicha 1. 6 : 0. 1. Jugend gegen Dürrenberg 6 : 0. Mittwoch bei Weinrich Spielausschußsitzung. Anfang 8 Uhr.

Handball. Turn- und Sportverein „Fichte", Halle, trug am Sonntag gegen die 1. Handballmannschaft des Turn- und Sportvereins Passendorf ein Serienspiel aus und gewann das Spiel mit 8 : 0 überlegen. Das Spiel litt unter dem Sturm und dem schlechten Boden, spielte sich aber meistens vor dem Passendorfer Tor ab.

Deutscher Arbeiter-Keglerbund, Ortsgruppe Halle, „Volkssport". Spiele am Sonntag, dem 9. November: Kombinierte Mannschaft gegen Teicha in Passendorf. Namentliche Liste: Ratsch, Wenner, Ortlapp, Schneider, Ertel, Scholz, Schaaf, Schuster, Hampe, W. Dippold, Engmann, Fahr. Abfahrt früh 8 Uhr vom Hettstedter Bahnhof. 3 Mannschaft gegen Ennewitz in Ennewitz. Treffpunkt: Hauptbahnhof 7¼ Uhr. 5. Mannschaft gegen Neumark in Neumark. Treffpunkt: Riebeckplatz 6½ Uhr. Bader, Winkelmeyer, Gail, Peukert, Hahn, Enke, Zitter, L. Lutze, F. Lutze, Heuer, F. Seifert, Schauerhammer. 6. Mannschaft gegen Wettin in Halle früh 10 Uhr. Pünktliches Erscheinen aller Kegler ist Pflicht. — Montag, den 10. November, abends 8 Uhr, außerordentliche Vollversammlung. Bericht vom Bundestag von Berlin. Wir fordern alle Kegelbrüder auf, Sonnabend, den 8. November, nach Passendorf zum Stiftungsfest zu kommen. Treffpunkt abends 8 Uhr: Hettstedter Bahnhof.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Diemitz. Dienstag abend 8 Uhr im „Gesellschaftshaus" Monatsversammlung der Fußballabteilung. Donnerstag abend 8 Uhr Versammlung des Gesamtvereins.

Wörmlitz 1. gegen Ammendorf 1. 1 : 1 (0 : 1). Beide Mannschaften standen sich am Sonntag, dem 2. November, in Wörmlitz gegenüber. Das Spiel mußte wegen Nichterscheinens der Schiedsrichter als Freundschaftsspiel ausgetragen werden. Ein Beweis der Interesselosigkeit von Fichte Halle an der Förderung der Spielbewegung. Wörmlitz hatte etwas mehr vom Spiel, so daß ein knapper Sieg der Wörmlitzer zu erwarten war. Leider wurde bei 40 Minuten Spieldauer abgepfiffen, weil die Fußballspieler zum Serienspiel antreten mußten.

Achtung, Freunde des Kanusports! Dienstag, den 11. November, abends 8 Uhr, findet in Merseburg im „Herzog Christian" für alle Interessenten ein Vortrag statt über: „Der Selbstbau von Paddelbooten und Kanus".

Verantwortlich: Hans Urban, Halle, für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Unsere Leser bitten wir, den November-Abonnementsbetrag an die Trägerin nur gegen Ueberreichung der Quittung zu verabfolgen.

DAS WORT Aus dem Inhalt der Nr. 127: Kirche, Bibelforscher-Sekten und Partei. Weiße Justiz auch im „freien" Amerika. Glossen. Lenin aus der Emigration nach Petersburg. An alle Mitglieder der proletarischen Turn- und Sportorganisationen der ganzen Welt. Vom leidenden Kunsthandel. Pressekonferenz. Künste. Feuilleton: Brief eines alten französischen Arbeiters an die „Rote Hilfe". Kulturgeschichtliche Merkwürdigkeiten. Paragraph 218. Herr Präsident Coolidge in der Synagoge. Aus der Hölle der Sträflinge.

„Zelida"-Dauerwäsche. Gummi-Bieder, Gr. Steinstr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241104-14/fragment/page=0007

Aus den Betrieben und Werkstätten

Was ist eine gute Arbeit für die Wahl und für die Revolution?

Eine gut im Betrieb verteilte Betriebzellenzeitung!

Betriebszellen, auf zum Wahlkampf!

Genossen! Genossinnen!

Der Wahlkampf hat begonnen. Er bedeutet für uns die Massenmobilisation des Proletariats. Er fordert von uns die Revolution, die äußerste Anspannung aller unserer Kräfte. Mit dem brutalsten Weißen Terror beginnt die Bourgeoisie ihren Wahlkampf, um vor allem den ihr gesetzlichsten Einfluß der Kommunisten auf die hungernden proletarischen und bäuerlichen Massen zu brechen. Ihr Verfolgungsfeldzug zwingt einen großen Teil unserer besten Führer, sich im Wahlkampf im Hintergrunde zu halten. Darum ertönt jetzt der Alarmruf durch alle Betriebe: **Kommunisten, an die Front!**

Jeder Genosse, jede Genossin ein Agitator! Jeder Kommunist ein Führer der Arbeiterschaft. Jedes Mitglied der Kommunistischen Partei verzehnfacht in diesen Wochen seine Kräfte. Alle erkennen die große, ihnen gestellte Aufgabe:

Pioniere der Revolution

zu sein.

Es gilt, den letzten Arbeiter, die letzte Arbeiterin, den Beamten, Angestellten und Kleinbauern aufzuklären über die wirtschaftliche und politische Lage, ihnen die drohenden Gefahren verschärfter Ausbeutung und völliger Versklavung durch den Dawes-Plan aufzuzeigen und den einzig richtigen Weg zu weisen, den Weg der Kommunisten. Er bedeutet den schärfsten Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, den schärfsten Kampf gegen ihre Schildhalter, die Sozialdemokratie.

Die Genossen, die die ungeheure Bedeutung der beschleunigten Revolutionierung der Arbeitermassen erkannt haben, werden, von Verantwortlichkeitsgefühl durchdrungen, noch heute ihre Arbeit aufnehmen. In diesen Tagen wird es jedem Parteimitglied mit einem Schlage klar werden: **Das Schwergewicht unserer Wahlarbeit liegt im Betriebe.** Gelingt es uns, zum mindesten in den Großbetrieben den bestimmenden Einfluß auf die Arbeiterschaft zu gewinnen, so werden wir aus diesen Wahlen als die bolschewistische Massenpartei hervorgehen, die das Proletariat zum Siege führen wird. Das muß und kann nur gelingen, wenn jedes Parteimitglied seine revolutionären Pflichten voll und ganz erfüllt. In diesen Wochen kann es für jeden Genossen nur einen Gedanken, nur eine Aufgabe geben, Wahlarbeit, Massenmobilisation.

Was ist sofort zu tun?

Sofort muß die Betriebszelle vollzählig zu einer Sitzung zusammentreten. In den Betrieben, wo noch keine Zelle gebildet ist, werden sofort die Genossen festgestellt und zusammengerufen. Unter Anspannung aller unserer Kräfte muß es möglich sein, Versäumtes in wenigen Stunden nachzuholen, die Betriebszelle zu bilden, die sofort ihre Arbeit aufnimmt. Die Arbeit muß eingeteilt, jedem Genossen seine bestimmte Aufgabe zugewiesen werden.

Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien und der SPD., die ihre Wahlgelder vom Großkapital beziehen, denen eine umfangreiche Presse, Schule, Kirche, Justiz und Militärgewalt Wahldienste leistet, muß die Kommunistische Partei die Wahlgelder allein durch die Sammeltätigkeit unter der Arbeiterschaft aufbringen. Eine ihrer wichtigsten und nächsten Aufgaben ist darum die Sammlung für den Kampffonds durch

die Beteilung der von der Bezirksleitung herausgegebenen Sammellisten.

Die Genossen müssen dafür sorgen, daß jeder Arbeiter, jede Arbeiterin ihren Beitrag zum Kampffonds leistet.

Dem Weißen Terror der Bourgeoisie antwortet das revolutionäre Proletariat mit der Forderung der sofortigen Amnestierung der politischen Gefangenen. Sie ist in jedem Betriebe, in jeder Belegschaftsversammlung zu erheben. Die sympathisierenden Arbeiter müssen der Partei sofort als aktive Mitglieder zugeführt werden. Es gilt, für die Durchsetzung unserer Parole zu arbeiten:

Für die 7000 politischen Gefangenen — 70 000 neue Parteimitglieder!

Unsere beste Wahlarbeit ist die aktive Interessenvertretung der Arbeiter im Betriebe. Der kleinste Vorfall muß ausgenutzt werden, den Arbeitern zu beweisen, daß nur die Kommunisten ihre Forderungen rücksichtslos vertreten. Gegenüber allen Versuchen auf Lohnkürzung, Arbeiterentlassungen und Arbeitszeitverlängerung ist mit dem Kampfe um die Gothaer Forderungen zu antworten.

Die Entlarvung der SPD.-Verräter.

In diesem Zusammenhang gilt es, die verräterische Rolle der SPD. aufzuzeigen, die auch im Betriebe, besonders durch Betriebsräte und Gewerkschaftsführer, fast täglich eine arbeiterfeindliche Rolle spielt. Diese gilt es anzuprangern und die Arbeiter somit von der SPD. loszulösen. Jeder einzelne Genosse muß zu jeder Stunde im Betrieb ein Agitator in diesem Sinne sein. Er findet weiter diese Agitationsmöglichkeit in der **Belegschaftsversammlung**, in der alle oben angeführten Fragen aufgerollt werden müssen. Die mündliche Agitation wird weiter unterstützt durch die **Betriebszellenzeitung.** Jeder Betrieb muß in den Wahlwochen seine eigene Zeitung haben, die zu allen Betriebsfragen Stellung nimmt. Daneben ist eine wichtige Waffe im Wahlkampf die kommunistische Presse. Die kommunistische Presse, die jetzt täglich zu den brennenden Fragen Stellung nimmt, die täglich den Wahlkampf aufs schärfste führt, sie muß in die breitesten Arbeiterkreise getragen werden. Keine Nummer, die nicht im Betriebe angeschlagen wird! Kein Tag, an dem nicht für unsere Zeitung eine intensive Pressewerbung betrieben wird.

Der Broschürenvertrieb ist eine weitere notwendige Aufgabe für unsere Genossen.

Die Werbung unter den Arbeiterinnen

muß von neuem aufgenommen und planmäßig durchgeführt werden. Die Arbeiterinnen sind politisch unaufgeklärt, sie gehen den bürgerlichen und sozialdemokratischen Stimmenfängern leichter ins Netz, als die männlichen Kollegen.

Von der größten Wichtigkeit ist

die Berichterstattung.

Jeder Betrieb muß in engster Verbindung stehen mit der Partei und unserer Zeitung. Ueber die Wahlarbeit im Betrieb, über jeden Vorfall, jeden Erfolg im Wahlkampf muß sofort berichtet werden. Eure Berichte, Eure Erfolge seien Ansporn und Stärkung für die Genossen in den anderen Betrieben. Mehr denn je muß in diesen Wochen unsere Zeitung das Sprachorgan der werktätigen Massen werden.

Genossen, Genossinnen! Voll Mut und revolutionärer Tatkraft an die Arbeit! Nach dem Vorbild unseres großen Führers Lenins, werdet die eiserne Kohorte der Revolution!

Jeder Betrieb eine Burg des Kommunismus!

Zum Vertrieb von Zeitungen und Flugblättern

Der Vertrieb von Zeitungen braucht augenblicklich nicht illegal geschehen, ist deshalb auch sehr leicht und bedarf nur eines diskreten Geschickes, um den zu werbenden Arbeiter von der Wichtigkeit der kommunistischen Presse zu überzeugen.

Die Verteilung von Flugblättern und Betriebszeitungen ist schon etwas schwerer, weil das in jedem Betrieb verboten ist.

Wie organisiert man eine Verteilung, die Gewähr dafür bietet, daß das Material an die Arbeitsgenossen gelangt, ohne daß der Verteiler erwischt wird?

Vor allen Dingen muß vorher der Plan gut ausgearbeitet werden. Die Abhebung von der Ausgabestelle der Betriebszeitung muß durch einen Genossen geschehen, der sie dann in drei, vier oder mehr Teile abzählt und dann persönlich weiter gibt. Diese drei, vier oder mehr Genossen geben sie weiter an 10 oder 20 Genossen, je nach der Lage und Größe des Betriebes. Die letzten Genossen, von denen jeder eine oder höchstens zwei Abteilungen zu besorgen hat, haben sie zu falten, damit sie nicht wie ein Zeitungsverkäufer auf der Straße herumlaufen, und damit die Weitergabe an SPD.- oder indifferente Arbeiter schnell und vor allen Dingen ungesehen vor sich geht.

Wie die Verteilung im Betrieb vor sich zu gehen hat: Darüber eine bestimmte Formel aufstellen, hieße erwischt werden.

Hier muß jeder Genosse so gewandt sein und sich nach den Verhältnissen richten. In der einen Abteilung ist es möglich, sie vor Beginn der Arbeit auf die Plätze zu legen, in der anderen Abteilung geht das nicht, hier läßt sich vielleicht im Vorbeigehen eine Zeitung, die schön gefaltet ist, bequem unter die daneben liegende Zeichnung schieben oder zwischen das Werkzeug legen, ohne bemerkt zu werden. Auch kann man in der Garderobe jedem Arbeiter eine Nummer in seinen Schrank legen. Alles je nach der Zusammensetzung der in der Abteilung Beschäftigten; letzteres ist nur unter ganz schwierigen Verhältnissen anzuwenden, denn zuviel Angst schadet nur: Wir schreiben ja nur die Wahrheit. Die größte Pflicht, die ein Kommunist hat, die Schweigepflicht, ist hier erst recht angebracht. Ist das erreicht, dann ist ein Erwischtwerden bei der Verteilung ausgeschlossen.

13,88 Mark Wochenlohn für 54-stündige Arbeitszeit

Der Gastwirt Arno Knoll, Winterberg bei Elsterwerda, baut einen Tanzsaal. Um recht billig bauen zu können, zahlt er nicht den tarifmäßigen Stundenlohn für Bauarbeiter. Weil die Arbeitslosigkeit in unserer Gegend sehr groß ist, ist es ihm möglich, seinen Arbeitern einen Hundelohn zu bieten, für den die Arbeiter noch tüchtig schuften müssen. Auf diesem Bau geht es wie in einem Taubenschlage zu. Ein fortwährender Wechsel der Arbeiter findet statt, was sofort erklärlich ist, wenn man den Lohnzettel der Arbeiter sich ansieht. Ein Arbeiter bekommt für 54 Stunden Arbeitszeit 16,20 Mark, nach allen Abzügen bleiben dann noch 13,88 Mark Barlohn übrig. Was soll ein Arbeiter mit 13,88 Mark pro Woche anfangen? Was soll da zuerst gekauft werden? Wenn der Tanzsaal des Gastwirts Knoll, der sogar Vorsitzender der Einkaufsgenossenschaft der Gastwirte Elsterwerda und Umgegend ist, fertiggestellt sein wird, dann wissen die Arbeiter von Elsterwerda und Umgegend, welche Ausbeutungsmethoden beim Bau desselben angewandt worden sind.

Wenn dieser Butiker keinen tarifmäßigen Lohn zahlen will, dann will er jedenfalls auch auf die Kundschaft der organisierten Arbeiterschaft verzichten.

Ein Reinfall der Wolsener Prämienmaurer

Die Maurer in Wolsen arbeiten zum größten Teil, ohne sich umzusehen, auf Prämie. Sie haben sich die ganze Woche geschunden, ebenso wie die Kalk- und Steineträger. Die Maurer erhielten nun für ihre Schufterei für die Woche 6,25 Mk., die Träger 5 Mk. Prämie. Die Maurer der Firma Wayß & Freytag, die den Neubau der Schaltstation Wolsen ausführen, arbeiten 9 Stunden mit nur einer halbstündigen Pause, damit die Unternehmer recht viel aus ihren Knochen herausschinden können. Der Polier Marse treibt die Arbeiter an, daß sie beim Steineausladen vier bis sechs Stück auf einmal nehmen müssen. Diese Antreiberei hat bereits einen Unglücksfall nach sich gezogen. Einem Arbeiter wurden Steine auf den Fuß geworfen, so daß er von zwei Kollegen gestützt nach Hause hinkte. Auch werden in diesem Neubau Maurerarbeiten von Arbeitern ausgeführt. Es ist dann kein Wunder, wenn die Decken später einstürzen.

Vielleicht kümmert sich mal der Bauarbeiterverband um diese feine Arbeitsstätte.

Eine kleine charakteristische Statistik

Chemnitz gehört zu den typischen Industriestädten Deutschlands. Auf der Sitzung der Chemnitzer Gewerkschaftsvorstände und Kartellbelegierten vom 23. Oktober gab der reformistische Kartellvorsitzende Franz folgenden Bericht über den Stand der Arbeitszeit, der Erwerbslosigkeit und der Löhne:

Von den 130 000 Arbeitern in Chemnitz arbeiten:

über 48 Stunden	77 000 Arbeiter
48 Stunden	8 350 Arbeiter
45 bis 48 Stunden	8 065 Arbeiter, darunter die Bauarbeiter vom Verb. d. a. Bauarbeiter.

Das wären die etwa 95 000 beschäftigten Arbeiter.

Nun gibt es 5000 Erwerbslose und 26 000 Kurzarbeiter, wovon wieder ca. 5000 nur acht Stunden in der Woche arbeiten.

An Löhnen — ohne irgendwelche Abzüge — erhalten:

Männer	30—75 Pf. pro Stunde
Jugendliche	27—36 Pf. pro Stunde
Frauen	21—68 Pf. pro Stunde,

Ueber 70 Pf. erhalten 12 000 Arbeiter.

Eine lehrreichere Tabelle kann man sich überhaupt nicht vorstellen. Die ganze Schwindelstatistik des ADGB., daß nur 50 Prozent aller Arbeiter über acht Stunden arbeiten, wird hier genau so schlagend widerlegt, wie die Lohnstatistik des statistischen Reichsamtes. In einer Stadt wie Chemnitz, wo die Arbeiterschaft noch gut gewerkschaftlich organisiert ist und deren Bedeutung für das Stadt arbeiten über 80 Prozent aller Beschäftigten über acht Stunden. In einer solchen Stadt gibt es über 25 Prozent Erwerbslose und Kurzarbeiter. In einer solchen Stadt gibt es Lehrlingslöhne von 7 Pf., Arbeiterinnenlöhne von 21 Pf. pro Stunde. Leider besagt die Statistik nicht, wieviele Arbeiter die niedrigsten Löhne und wieviele die höchsten beziehen. Obwohl auch 70 Pf. pro Stunde — welche nur 10 Prozent der Chemnitzer Arbeiterschaft erhalten — nach den gegenwärtigen Abzügen kaum erst die Hälfte des Existenzminimums einer proletarischen Familie befriedigt, zeigt diese Statistik ein erschreckendes Bild der Lohndifferenzierung und der Zersplitterung der Arbeiterschaft in eine Menge Gruppen, die gegeneinander ausgespielt werden können.

Chemnitz ist ein abschreckendes Beispiel für das ganze Reich und liefert eine ebenso traurige Illustration der gegenwärtigen Lohn- und Arbeitszeitpolitik der reformistischen Gewerkschaftsführer.

Gewerkschaftsbewegung

Schiedsspruch für die Gemeinde- und Staatsarbeiter

Im Tarifstreit zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gau Mitteldeutschland, wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

I. A) Der Lohn beträgt in Ortsklasse A:

1. ab 3. September 1924 für

Gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9
	54	46	43	41	38	36	30	27	26 Pf.

2. ab 1. Oktober 1924 für

Gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9
	56	48	44	42	40	38	31	28	27 Pf.

3. ab 29. Oktober für Gruppe: 1 (Handwerker an besonderen Arbeitsplätzen) 58 Pf.; 2. (Handwerker — sonstige) 57 Pf.; 3. (Angelernte an besonderen Arbeitsplätzen) 50 Pf.; 4. (Angelernte — sonstige — Ungelernte mit besonderer Verantwortung und schwerer Arbeit) 46 Pf.; 5. (Ungelernte — sonstige) 44 Pf.; 6. (Gelernte Arbeiterinnen) 39 Pf.; 7. (Angelernte Arbeiterinnen) 32 Pf.; 8. (Ungelernte Arbeiterinnen) 29 Pf.; 9. (Reinemachefrauen usw.) 28 Pf.

B) 1. Für die Berechnung der Löhne gilt folgende Lohngruppenstaffelung:

Gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9
	100	96	85	80	75	67	56	50	48 Proz.

2. Für die Berechnung der Lohnsätze für die übrigen Ortsklassen gilt § 5, III des bisherigen Bezirkslohntarifvertrages. Die Zuteilung der einzelnen Ort zu den Ortsklassen richtet sich nach dem jeweils für die Reichsbetriebs- und Verwaltungsarbeiter geltenden Ortsklassenverzeichnis. Die übrigen Bestimmungen des bisherigen Bezirkslohntarifvertrages bleiben bestehen. Die Parteien sind bereit, spätestens Ende Dezember 1924 über eine Verlängerung der Kündigungsfrist des Bezirkslohntarifvertrages zu verhandeln.

3. Die ab 29. Oktober 1924 gültigen Lohnsätze, sowie die übrigen Bestimmungen des Bezirkslohntarifvertrages können mit vierzehntägiger Frist zum Ablauf der letzten Lohnwoche jeden Monats, erstmalig am 16. Dezember 1924, gekündigt werden. Falls nach Ueberzeugung einer der Vertragsparteien die für dieses Lohnabkommen gültigen wirtschaftlichen und sonstigen Voraussetzungen in erheblichem Maße nicht mehr vorliegen, kann Verhandlung über eine anderweitige Lohnregelung verlangt werden. Im Streitfalle entscheiden über das Vorliegen der Voraussetzungen die Tarifschiedsstellen, und zwar der Zentralausschuß, endgültig und bindend.

II. 1. Die Arbeit wird unverzüglich wieder aufgenommen.

2. Sämtliche Streikenden sind baldmöglichst, entsprechend der Umstellung der Betriebe auf normale Verhältnisse, soweit dies durch Beendigung des Streikes notwendig wird, wieder einzustellen. Soweit dies nicht möglich sein sollte, sind die am Streik beteiligten Arbeitnehmer bei künftigen Neueinstellungen in erster Linie zu berücksichtigen.

3. Maßregelungen wegen Beteiligung am Streik dürfen nicht stattfinden.

4. Belästigungen der am Streik nicht beteiligt gewesenen Arbeiter dürfen nicht stattfinden.

5. Bei den gemäß II 2. wiedereingestellten Arbeitnehmern gilt das Arbeitsverhältnis durch den Streik hinsichtlich der erworbenen sozialen Rechte nicht als unterbrochen.

Für den Mitteldeutschen Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden, Magdeburg:
gez. Herzog, Mittelbach, Feuerherdt.

Für den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gau Mitteldeutschland:
gez. L. Wachtendorf, Becker.
gez. Bauer.
(Reichsarbeitsministerium.)

Sitzung des Torgauer Gewerkschaftskartells

In der letzten Kartellsitzung stellte der Genosse Holzweißig den Antrag, auf die Tagesordnung: Stellungnahme zu den Gothaer Forderungen zu setzen. Der sozialdemokratische Vorsitzende lehnte den Antrag mit der Begründung ab, daß es sich um politische Sachen handele, die nicht in das Kartell gehören. Auf unsere Erwiderung, daß 40 Prozent Lohnerhöhung, Kampf gegen Arbeitszeitverlängerung, für den Achtstundentag, gegen den Lohnabbau, sehr wohl Gewerkschaftsangelegenheiten seien, sah sich der Vorsitzende gezwungen, über unseren Antrag abstimmen zu lassen. Bei der Abstimmung stimmten Anwesende mit, die nicht stimmberechtigt waren, unsere Genossen, die nicht stimmberechtigt waren, enthielten sich der Stimme, während die nichtstimmberechtigten SPD.-Leute mit abstimmten. Dadurch wurde unser Antrag abgelehnt. Mit solchen Mitteln erschwindelt sich die SPD.-Fraktion eine Stimmenmehrheit.

Doch gemach, Ihr Herren von der SPD., Euer Stündchen hat geschlagen, die Opposition wird bald als stärkste Fraktion ins Kartell einziehen und dann ist es mit Euren Winkelzügen vorbei. Wir fordern aber alle Arbeiter auf, sich wieder restlos zu organisieren, damit diesen Arbeitervertretern, die den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen ablehnen, das Handwerk gelegt wird.

In der letzten Kartellsitzung hat ein SPD.-Delegierter, der dem Erwerbslosenausschuß angehört, gesagt, daß die Notstandsarbeiter zu viel verdienten, denn sie arbeiteten nur 8 Stunden, während er 12 und 14 Stunden arbeiten muß und auch nicht mehr verdient. Ein wirklich seiner Arbeitervertreter, der zu feige ist, um den Achtstundentag zu kämpfen und der deshalb die Herabsetzung des Lohnes für die Arbeiter verlangt, die noch 8 Stunden arbeiten können. Selbstverständlich entspann sich darüber eine sehr lebhafte Debatte, in der diesem feinen sozialdemokratischen Arbeitervertreter gehörig die Meinung gesagt wurde. Das Kartell beschloß, sich um die Erwerbslosen zu bekümmern, damit dieselben nicht als Lohndrücker benutzt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241104-14/fragment/page=0008